Early Journal Content on JSTOR, Free to Anyone in the World

This article is one of nearly 500,000 scholarly works digitized and made freely available to everyone in the world by JSTOR.

Known as the Early Journal Content, this set of works include research articles, news, letters, and other writings published in more than 200 of the oldest leading academic journals. The works date from the mid-seventeenth to the early twentieth centuries.

We encourage people to read and share the Early Journal Content openly and to tell others that this resource exists. People may post this content online or redistribute in any way for non-commercial purposes.

Read more about Early Journal Content at http://about.jstor.org/participate-jstor/individuals/early-journal-content.

JSTOR is a digital library of academic journals, books, and primary source objects. JSTOR helps people discover, use, and build upon a wide range of content through a powerful research and teaching platform, and preserves this content for future generations. JSTOR is part of ITHAKA, a not-for-profit organization that also includes Ithaka S+R and Portico. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

I.

Zur Geschichte des Rastatter Congresses.

Aus ungedruckten Akten.

Von

Ludwig Häusser.

Mancher unserer Leser wird, wenn er die Aufschrift liest, den Beitrag, den wir geben wollen, vielleicht wie etwas Ueberflüssiges betrachten. Denn der Stoff ist nicht nur für jeden unerquicklich, sondern es scheint derselbe auch in seiner ganzen leidigen Breite so gut wie erschöpft zu sein. Ob etwas mehr Aergerniß, selbst aus noch unausgebeuteten Quellen dem schon fixirten Bilde jener Tage hinzugefügt werde oder nicht, dünkt Vielen ohne Zweifel eine gleichgültige Sache.

Indessen es gilt hier, was sich von vielen andern Abschnitten der Epoche von 1789—1815 sagen läßt: wie reich und mannigfaltig auch die Aufschlüsse sein mögen, welche die jüngsten Jahrzehnte in verschiedenen Richtungen gebracht haben, es bleibt doch eine Menge von Episoden in der Geschichte jener Zeit, die wenn nicht im Einzelnen ganz unbekannt doch wenigstens nur unvollkommen aufgeklärt sind. Und es liegt das in der Natur des Stoffes; denn je mehr die großen und erschütternden Ereignisse das Interesse in Anspruch nehmen, desto leichter kann es geschehen, daß einem einzelnen Ereignisse, das sich nicht eben imposant in den Vordergrund drängt, die gebührende Beachtung entzogen bleibt. Das trifft dann bisweilen gerade Parthien, deren geschichtlicher Werth wenigstens für uns Deutsche außer Zweifel steht.

Es scheint uns, als wenn dies eben auch auf die Geschichte des Rastatter Congresses besondere Anwendung fände. Neben dem bekannten Getreibe der Diplomatie des h. röm. Reichs, den Brutalitäten der Franzosen, den Vorbereitungen zur zweiten Coalition und dem tragischen Ausgange des Congresses ist Anderes kaum beachtet oder doch in unsern Quellen ziemlich dürftig bedacht worden; theils die großen Erschütterungen der europäischen Politik, theils der unversiegbare Strom pikanten Skandals haben ihm den Platz weggenommen. Von dem Verhältnisse Oesterreichs und Preußens z. B. haben wir nur eine unvollkommene Kenntniß; man weiß, daß sich beide Mächte abwechselnd angezogen und abgestoßen haben, daß Verhandlungen stattfanden, daß Versuche der Verständigung gemacht wurden; allein über den Anlaß und den Verlauf dieser Verhandlung, so wie über die Ursachen ihres Mislingens fehlt noch eine genauere Aufklärung.

Es soll die Aufgabe des folgenden Aufsatzes sein, diesen Punkt genauer ins Auge zu fassen und aus dem umfangreichen urkundlichen Material, das uns vorliegt, die Beziehungen Oesterreichs und Preußens während des Rastatter Congresses zu erläutern. Eines der neuesten Bücher, dem wir so manche schätzbare Mittheilung verdanken, das Werk von Michailowsky-Danilewsky und Miliutin hat aus seinen russischen Quellen dafür nur Andeutungen gegeben (I. 47 ff. 338 f. 347 ff.) und die Wißbegierde mehr gereizt als befriedigt. Ja es sind die Mittheilungen über dies Verhältniß nach der Natur der benutzten Quellen nur fragmentarisch und bei dem Nachdrucke, der vorzugsweise auf den Antheil Rußlands gelegt ist, wird das Bild des Ganzen einseitig. Wenn ich es versuche, diese Episode im Einzelnen genauer darzustellen, so erhebe ich nicht den Anspruch, den Gegenstand zu erschöpfen, schon deshalb nicht, weil manche werthvolle Quelle, die zur Ergänzung dienen könnte, vorerst noch der Ausbeutung verschlossen ist. Indessen wollte man auch das der allgemeinen Kenntniß Eröffnete darum zurückhalten, weil anderes Wünschenswerthe noch aussteht, so müßten wir überhaupt die neuere deutsche Geschichte unbearbeitet lassen, oder uns mit dem begnügen, was durch fremde gefärbte Gläser geboten wird. Für eine historische Zeitschrift eignet sich aber ein solcher Stoff darum besonders, weil auch in einer ausführlichen Behandlung der Geschichte

jener Zeit für diese Detailstudien nur ein beschränkter Raum übrig bleibt. In der dritten Auflage meiner deutschen Geschichte z. B. werde ich zwar die Ergebnisse dieser Erscheinungen in allen wesentlichen Zügen zusammenfassen, allein das Einzelne wird hier, wie in manchem andern Abschnitte, besonderen Ausarbeitungen vorbehalten bleiben.

Oesterreich, Preußen, Rußland vor dem Rastatter Congresse.

Die Verhältnisse, unter denen der Friede von Campoformio geschlossen ward, verhießen ihm keine allzu lange Dauer. Hinter dem siegreichen Feldherrn, der ihn vorschrieb und damals die Ansicht aussprach, auf dieser Linie solle man stehen bleiben, drängten in Frankreich selbst weitergehende Ansichten und begehrten eine Politik, wie sie wenige Monate nach dem Frieden in Italien und in der Schweiz durchgeführt worden ist. Wie manches persönliche Motiv und wie sehr die unmittelbar drängende Noth diesen Gang auch bestimmt haben mag, wer wollte verkennen, daß auf solch eine Wendung doch zugleich die allgemeine Lage entschieden hinwies, man mochte die eigenste Natur der Revolution selbst und die inneren Verlegenheiten der Regierung in Rechnung ziehen, oder an die allerwärts enthüllte Schwäche der alten Staaten und der sie leitenden Gewalten denken?

Darum konnte Graf Cobenzl schon vierzehn Tage nach dem Abschlusse des Friedens gegen Rußland seinen Zweifel äußern, ob mit dessen Unterzeichnung alle Schwierigkeiten geebnet seien und nicht vielmehr in Kurzem man zur Politik des Widerstandes zurückkehren, ja an die Bildung einer neuen Coalition denken müsse *). Nicht als wenn Oesterreich Ursache gehabt hätte, den Krieg um jeden Preis zu wünschen, vielmehr war eine genaue Vollziehung des Friedens damals das beste Mittel, ihm das Schwert in der Scheide zu halten. Wenn es außer Venedig die ersehnte Vergrößerung am Inn erlangte und für jeden weiteren Zuwachs französischer Macht ihm der versprochene Erfolg ward, sei es in Baiern oder in Italien, dann beruhigte es sich ohne Zweifel bei der Abkunft von Campoformio. Wenn aber

*) S. Miliutin I, 329.

nicht, so regte sich ebenso gewiß in Kurzem der Wunsch, durch eine neue Coalition im Kampfe das Verlorene wieder zu gewinnen.

Die Aussicht auf eine solche Coalition erschien freilich vorerst noch unsicher genug. Die Wahrscheinlichkeit einer aufrichtigen Verständigung mit Preußen war gering. Der tiefe Zwiespalt, den die Ereignisse von 1793—95 und der Friede von Basel zwischen beiden Mächten großgezogen hatten, war seitdem durch nichts ausgefüllt worden; eher hatten die Vorgänge von 1796, die Reunionen in Franken und die Annährung des Berliner Cabinets an Frankreich ihn erweitert. Diese Annäherung freilich ist, wie die diplomatische Correspondenz deutlich darlegt, weder so innig, noch so willig gewesen, wie man gewöhnlich annimmt; vielmehr wurde die Neigung, sich mit der Republik in gutem Vernehmen zu halten, fortwährend durch das Mistrauen gegen den Charakter der französischen Republik im Schach gehalten. Wie es dann bei einer unentschlossenen Leitung zu geschehen pflegt, man konnte sich weder entschließen, mit der Republik sich zu verbinden, noch mit ihr offen zu brechen; wohl aber traten abwechselnd Momente ein, wo man entschieden zu dem Einen oder zu dem Andern geneigt schien. In dieser Hinsicht ist die diplomatische Correspondenz, die in den Jahren 1795—99 zwischen Berlin und Paris geführt ward, von charakteristischem Interesse; sie bewegt sich fortwährend in der Mitte jener Stimmungen; sie schwankt zwischen Annäherung an Frankreich und zwischen mistrauischer Zurückhaltung, sie zeigt bald eine gewisse Neigung, gegen die östlichen Gegner eine Stütze im Westen zu finden, bald einen ebenso entschiedenen Widerwillen, sich mit Frankreich irgendwie tiefer einzulassen.

Die Innigkeit der französisch-preußischen Beziehungen in jener Zeit ist darum, wie wir aus dem Studium der Akten uns überzeugt haben, in der Regel überschätzt worden; allein wir begreifen recht gut, daß man in Wien sich davon übertriebene Vorstellungen machte und die Franzosen diese Anschauung nährten. Der Mann, der Preußen am Wiener Hofe vertrat, der Marchese Luccheſini, war zudem nicht dazu angethan, jenes Urtheil zu widerlegen. Persönlich tief in das diplomatische Gewebe von 1791—1795 verflochten, war er selbst zu der Zeit, als die Freundschaft zwischen Oesterreich und Preußen das herrschende System war, ungleich weniger als Haug-

witz, Schulenburg und Bischofswerder von einer Freundesstimmung gegen Oesterreich erfüllt; die Erinnerungen an seine Thätigkeit in Polen und an die im Feldlager am Rhein, der hartnäckige Conflikt mit der Oesterreichischen Politik vor der Entscheidung in Basel — dies Alles war nicht dazu geeignet, eine andere Stimmung in ihm zu wecken. Er hatte keinerlei Sympathie für den österreichischen Staat, und gegen Thugut persönlich nur Mistrauen und Abneigung; aus jedem seiner diplomatischen Berichte spricht das heraus. Auf der Gegenseite hatte man aber von dieser Stimmung eine gewisse Ahnung; Lucchesini mochte nicht immer allzu discret sein in seinen Aeußerungen, gewiß ist, daß Thugut ihm seine Abneigung reichlich vergalt und über ihn, wie über Preußen, bei dritten Mächten sich in einem Tone ausließ, der dem unverhüllten Haß den leidenschaftlichsten Ausdruck lieh. In Petersburg wie in London wurden die Beziehungen des Rivalen zu Frankreich als die allerinnigsten geschildert und Preußen durchaus in eine Linie gestellt mit dem „gemeinsamen Feind." Wenn etwa kurz vor dem Vertrage von Leoben der Vorschlag auftauchte, Preußen eine Rolle bei der Friedensvermittlung einzuräumen, so wehrte sich Thugut dagegen mit aller Heftigkeit. „Nichts, schrieb er, könnte für uns betrübender sein, als wenn wir die preußische Einmischung dulden müßten, durch welche der Berliner Hof sich nur die wirksamen Mittel sichern würde, seinen eingewurzelten Haß gegen Oesterreich und die Absichten seiner Lüsternheit durch neue Vergrößerungen zu befriedigen." . . . „Der preußische Hof, hieß es um dieselbe Zeit, wird zum Lohne seines strafbaren Einverständnisses mit dem Feinde, zum Lohne für eine lange Reihe von Treulosigkeiten, die dem kurzen Verlaufe seiner niemals aufrichtigen und winzigen Anstrengungen für die allgemeine Sache gefolgt ist, im Frieden eine unermeßliche Vergrößerung genießen, die seine Macht um ein Dritttheil vermehrt und die es sich ohne Opfer erkauft hat *)." In dieser Tonart war Thugut bemüht, überlieferte Abneigungen und Rivalitäten in Rußland zu nähren und wo möglich den Haß auf jener Höhe zu erhalten, welche die berüchtigte Declaration vom 3. Januar 1795 beurkundet.

*) Miliutin I, 319. 322.

Zwischen den zwei so tief entzweiten Mächten stand nun Rußland mit seiner neuen Regierung und in gewissem Sinne auch neuen Politik. Katharina II. hatte Jahre lang jene Rivalität vortrefflich auszubeuten und je einen der beiden Nachbarn durch den andern im Schach zu halten gewußt; es war ihr zum Theil durch diese Taktik gelungen, aus dem großen Kampfe mit der Revolution den besten Nutzen zu ziehen und wenig Opfer zu bringen. Erst in ihren letzten Tagen, als die Ueberfluthung revolutionärer Macht auch ihre Besorgniß weckte, hatte die Czarin sich entschlossen, an dem Kampfe aktiven Antheil zu nehmen. Die Vorbereitungen waren eben dazu getroffen, die Pläne und Mittel der Ausführung besprochen, als Katharina im Nov. 1796 starb.

Kaiser Paul zeigte sich hier, wie in allem andern, als das Widerspiel seiner Mutter. Er ließ vor Allem den Gedanken einer thätigen Einmischung fallen und bekannte nach allen Seiten eine friedliche Politik. Er haßte die Revolution mit ungleich größerer Bitterkeit als seine Vorgängerin, aber er war vorerst weder geneigt, sie zu bekämpfen, noch aus den Verwirrungen, in welchen Europa war, mit lauernder Selbstsucht eignen Vortheil zu ziehen. Seine contrerevolutionäre Gesinnung war bekannt, sie gab sich in persönlichen Aeußerungen wie in politischen Akten unverhüllt kund, allein er rieth doch vorerst zum Frieden, weil er bei einer Fortsetzung des Kampfes nur noch größere Calamitäten voraussah. Seine Politik, wie er sie persönlich leitete, trug auch das Gepräge seines Temperaments; sie war loyal, nicht hinterhaltig, stützte sich nicht auf die verschlungenen Berechnungen seiner Mutter, war aber eben darum auch viel reizbarer und durch wirkliche oder eingebildete Vorstellungen leichter zu bestimmen.

Für die Beziehungen der östlichen Mächte bereitete sich durch diese Stellung Pauls ein wichtiger Umschwung vor. Katharina hatte häufiger auf die Spaltung Oesterreichs und Preußens spekulirt, als auf ihre Eintracht; ihr Sohn gab sich vor Allem aufrichtige Mühe, beide Mächte zu einer Verständigung zu führen. An diesem Bestreben hatte seine Abneigung gegen die Revolution ebenso großen Antheil, wie seine persönlich neutralere Stimmung gegen Oesterreich und Preußen; wenigstens galt es beim ersten Momente, nachdem er den

Thron bestieg, als ausgemacht, daß sich sein Verhältniß zum Berliner Hofe mindestens ebenso freundlich gestalten würde, wie es zu dem Wiener in den letzten Tagen Katharinens bestanden hatte. Nahm man hinzu, daß bei einer viel weniger scharfen Erwägung eignen Vortheils seine persönlichen Gefühle gegen die Revolution ungleich erregter waren, als bei seiner Mutter, so erklärte es sich wohl, daß trotz des friedlichen Programms, womit er seine Regierung antrat, im Ganzen die Chance größer war, ihn in eine leidenschaftliche Partheinahme gegen die Revolution hineinzuziehen.

In dem Verhältnisse Oesterreichs zu Preußen war Paul von Anfang an bemüht, die vorhandenen Mishelligkeiten zu beseitigen, statt sie zu nähren. Gegen Oesterreich blieben die Beziehungen freundlich; aber auch bei Preußen sollte Vertrauen erweckt werden. Aus den preußischen diplomatischen Quellen ist zu ersehen, daß sich dies in der ganzen Haltung der neuen Regierung bemerkbar machte; denn überall spricht sich die Befriedigung aus über einen Wechsel der Stimmung, der Preußen offenbar günstig war. In diesem Geiste war auch die Instruktion gehalten, womit Paul (April 1797) den Fürsten Repnin an die deutschen Höfe sandte. Er sollte vor Allem der Eifersucht und dem tiefgewurzelten Neid beider entgegentreten. „Die gegenwärtige Lage des Wiener Hofes ist der Art, daß er auf lange Zeit hinaus wohl nicht im Stande sein wird, Preußen irgendwie zu schaden, und daß wir als Bundesgenossen beider Mächte nicht nachlassen werden, alle Mittel und jede Mühe anzuwenden, um Alles, was man zum Schaden Preußens oder zum Nachtheile seiner wirklichen Interessen etwa unternehmen möchte, zu verhindern."

Preußen sucht eine Verständigung mit Oesterreich (Jan. u. Febr. 1798).

Mit der Eröffnung des Friedenscongresses im Dezember 1797 waren freilich alle alten Gegensätze und Leidenschaften neu geweckt, Wer etwa einen Augenblick an die vorgespiegelte „Integrität" des Reichs geglaubt hatte, dem bereiteten schon die ersten Anfänge eine herbe Enttäuschung. Das linke Rheinufer ward den Franzosen vollends preisgegeben, die Reichsfestungen geräumt, der Süden und We-

ſten Deutſchlands ſchutzlos dem Drucke einer übermüthigen revolutionären Gewalt überantwortet. Wer irgend Gründe oder Vorwände hatte, eine Entſchädigung zu fordern, nahm nun eifrig Theil an dem widrigen Wettlauf, um ein möglichſt großes Stück aus der zur Theilung ausgeworfenen Beute zu gewinnen.

Damals entwarf ſich auch Preußen einen Entſchädigungsplan. In den erſten Tagen des Jahres 1798 traten Haugwitz und Alvensleben mit mehreren Miniſtern und Generalen darüber in Berathung, welche Forderungen Preußen erheben ſolle, falls das linke Rheinufer franzöſiſch bleiben und der Grundſatz der Säculariſation angenommen würde. Vor Allem entſtand die Vorfrage: wo man die Entſchädigung ſuchen ſolle: ob in Franken oder in Weſtfalen? Die Mehrzahl entſchied ſich für die Anſicht, es ſei militäriſch und politiſch vortheilhafter, ſich in Weſtfalen zu entſchädigen und in Franken nur diejenigen Gebietsvergrößerungen zu beanſpruchen, welche zur Abrundung der dort gelegenen Fürſtenthümer nothwendig ſeien. Es war dabei freilich nicht verkannt, welche Vortheile es gewähre, wenn man ſich in Franken ganz entſchädigen, das heißt ſich etwa mit den fränkiſchen Bisthümern und der Oberpfalz arrondiren könne. Dadurch erlangte man ein anſehnliches und fruchtbares Gebiet und ſtand außer aller Berührung mit der franzöſiſchen Grenze. Allein man täuſchte ſich auch nicht, daß dagegen Oeſterreich die lebhafteſte Oppoſition erheben würde, und wollte darum nur in der Vorausſetzung darauf zurückkommen, daß die lange gefürchtete Zerreißung Baierns erfolge. In dieſem Falle ſchien es dann rathſam, das pfälzer Haus mit Weſtfalen zu entſchädigen, ihm Oſtfriesland, die Grafſchaft Mark und das rechts vom Rhein gelegene Cleve dazu zu geben, wogegen dann der Reſt von Baiern zu einer Abfindung des Hauſes Oranien verwendet, Würzburg, Bamberg, die mainziſchen Gebiete, die Oberpfalz und der Reſt des fränkiſchen Kreiſes die preußiſche Entſchädigung bilden würden; doch wünſchte man ſelbſt nicht, daß dieſe Eventualität eintrete, die Auflöſung Baierns zu Gunſten der öſterreichiſchen Begehren erſchien unter allen Umſtänden als ein ſo bedenklicher Fall, daß auch die Vortheile, die Preußen etwa dann erlangte, ihn nicht völlig aufwogen. Darum einigte man ſich vorerſt in dem Gedanken: in Weſtfalen ſeinen Erſatz zu ſuchen. Es ward dabei vor allem an Mün-

ster und Osnabrück, dann an das Herzogthum Westfalen, die Herrschaft Recklinghausen und Limburg, die Abteien Werden und Essen und die Reichsstadt Dortmund gedacht. In einer späteren Berathung bestärkte man sich in diesem Entschlusse und wollte den Plan einer Entschädigung in Franken als ein völlig aufgegebenes Projekt angesehen wissen *).

Mit diesem Programm trat man auf den Congreß, um dasselbe dort erst zu modificiren, dann völlig fallen zu lassen und den Verzicht auf jede Entschädigung öffentlich anzubieten. Es ist von Interesse, die Vorgänge zu verfolgen, welche diesen Wechsel herbeigeführt haben.

Bei der Eröffnung des Congresses bemühte sich Frankreich aufs eifrigste, sich der preußischen Mitwirkung in Rastatt zu versichern. Aeußerungen, die Bonaparte bei seiner kurzen Anwesenheit an dem Congreßorte that, waren gleichsam das Vorspiel; aus ihnen sprach ein auffällig scharfer Ton gegen Oesterreich neben schmeichelnder Artigkeit gegen Preußen. In gleicher Weise redeten die Direktoren und die Minister in Paris zu dem preußischen Gesandten, Sandoz-Rollin, und wie verabredet klangen auch ganz ähnlich die ersten Begrüßungen der französischen Bevollmächtigten in Rastatt selbst.

Als der Congreß eben zusammentrat, äußerte Talleyrand, in Gegenwart Bonapartes, zu Sandoz: die Gesandten der Republik seien lediglich dahin instruirt, in Allem mit Preußen zu gehen; eine solche Verbindung werde dem Kaiserhofe mehr imponiren, als alle Argumente der Publicisten. Es ist das, fügte Bonaparte bestätigend hinzu, das einzige Mittel, die Chicanen des Congresses abzukürzen; denn man kann mit Oesterreich nie etwas zum Abschlusse bringen, wenn man nicht die Miene annimmt abzubrechen. Euer großer Friedrich kannte vollkommen die Art, wie man mit Oesterreich verhandelt; er kann auch bei diesem Anlaß als Muster dienen. Ueberhaupt wird

*) Il faudrait en faire abstraction entière pour le moment et ensevelir même leur existence dans le plus profond secret. Die angeführten Mittheilungen sind minist. Akten vom 20. 23. 24. Jan. 1798 entnommen.

Preußen niemals seine politische Existenz fest gegründet haben, als wenn es Oesterreich bekämpft und niedergeworfen hat *).

Ganz die gleiche Parole spielten die Gesandten in Rastatt aus. Der mürrische Bonnier ließ sich bitter über Oesterreich vernehmen, floß dagegen über von Betheuerungen der Anhänglichkeit an Preußen. Wir sind dahin instruirt, sagte er, mit Euch uns zu verständigen, und die Conferenzen können anfangen, wann Ihr wollt. Als Lockspeisen für Preußen wurden die beiden Mecklenburg, Hamburg ausgeboten, und die Erhebung der befreundeten Dynastie von Oranien und Hessen-Cassel zur Kurwürde als ausgemachte Sache bezeichnet. Auch in allen anderen Fragen wurde der Ton intimsten Vertrauens angeschlagen; man erzählte geheimnißvoll allerlei Fabeln von der bevorstehenden Landung in England, bezeichnete Bonapartes Rückkehr nach Rastatt als nahe bevorstehend und schien ohne Bedenken bereit, die geheimen Artikel von Campoformio Preußen vertraulich mitzutheilen.

So weit die diplomatische Correspondenz urtheilen läßt, übten indessen diese Künste nicht die Wirkung, welche die Franzosen davon erwarten mochten. Mistrauen gegen die gewaltthätige und treulose Politik des Direktoriums war doch überall in Fülle vorhanden; die Besorgniß vor revolutionären Gewaltstreichen ist z. B. bei den preußischen Staatsmännern, bis zu Haugwitz hin, ungleich lebhafter gewesen, als während der Jahre 1793 und 1794, wo man noch in Waffen gegen Frankreich stand. Auch gehörte nicht eben allzu großer Scharfsinn dazu, um die grobgenährte Taktik der Franzosen zu durchschauen. Nun galt es vor Allem, Oesterreich und Preußen aus einander zu halten; dazu wurden große und kleine Mittel in Bewegung gesetzt, geschickte Lockungen und Kunstgriffe niedrigster Art, wie dreiste Ableugnungen und Unwahrheiten. Der Leumund des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten war schon damals in dieser Hinsicht schlecht genug. Talleyrand, schrieb nicht lange nachher der preußische Gesandte vertraulich nach Berlin, sagt nie, was er thut, und thut nie, was er sagt. Stolz wie ein Pfau und feil wie ein Lakai, zeigt er beleidigenden Hochmuth, wenn er es ungestraft thun kann, und auch weiter die gemeinste Niederträchtigkeit, wenn

*) Bericht von Sandoz-Rollin d. d. 27. Dez. 1797.

es ihm Vortheil bringt. Eine Ahnung, daß er diese Virtuosität schon jetzt mit weitem Gewissen brauche, überkam denn auch die preußischen Staatsmänner und Diplomaten, zumal die Erzählungen von Bonapartes naher Rückkehr nach Rastatt, die Betheuerungen warmer Fürsorge für das Interesse Preußens, die wiederholt versprochene Mittheilung der geheimen Artikel von Campoformio sich sehr bald als das erwiesen, was sie waren, als ganz gewöhnliche Täuschungen.

In solcher Lage begreift es sich, daß allmälig der Wunsch nach einer Verständigung mit Oesterreich rege ward. Seit wenigen Monaten war in Preußen ein Regierungswechsel eingetreten, der zwar keinen Umschwung der bisherigen äußeren Politik, aber doch veränderte Stimmungen nach sich zog. Friedrich Wilhelm III. stand nicht so unmittelbar unter den Eindrücken der Politik von 1792—1797; seiner loyalen und uneigennützigen Weise entsprach am ersten eine Verständigung mit den deutschen Reichsständen, auch wenn dieselbe ein Opfer kostete. Die Persönlichkeiten, die er nach Rastatt gesendet, Görtz, Dohm, Jacobi-Klöst waren zwar frei von jeder Vorliebe für die österreichische Politik, aber es leitete sie ebenso wenig irgend eine Sympathie für die Franzosen. Dafür legt ihre umfangreiche vertrauliche Correspondenz auf jedem Blatte Zeugniß ab *).

Nach Allem, was vorausgegangen, war freilich die Annäherung der beiden Mächte leichter zu wünschen, als auszuführen; und die ersten Versuche, sich zu verständigen, ergaben allerdings nur eine sehr mäßige Aussicht des Gelingens. Als nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. Baron Reck, dieselbe anzuzeigen, nach Wien gekommen war, knüpfte derselbe, ohne Auftrag, politische Gespräche mit Thugut an, deren Ergebniß nicht eben ermuthigend war. Auf die Bemerkung, daß durch eine gemäßigte und uneigennützige Haltung Oesterreichs die Dinge am ersten in leidlichem Gange erhalten werden könnten, erwiederte Thugut gereizt: es sei nicht an Preußen, diese Tugenden in Erinnerung zu bringen. Als Reck wegen der Rheingrenze sondirte, bemerkte der österreichische Minister wie zum Hohne:

*) Neben der officiellen Correspondenz, die in deutscher Sprache die bekannten Verhandlungen des Congresses berichtete, führten sie eine vertrauliche in französischer Sprache, meist in Chiffern, welche die wesentlichsten Aufschlüsse giebt.

Preußen könne ruhig ſein, es werde ſeine linksrheiniſchen Gebiete nicht verlieren, und falls die Franzoſen ſie etwa nicht herausgäben, werde Oeſterreich im Vereine mit Preußen ſie dazu zwingen! Ueber Baiern erfuhr der preußiſche Diplomat nichts; Thugut zeigte ſich hier äußerſt zurückhaltend. Höchſtens warf er die bedenkliche Aeußerung hin: Preußen habe ja zur Erwerbung Baierns ſeine Mitwirkung verſprochen. Als dann die Rede auf die Integrität des Reiches kam, hatte Thugut den Muth zu verſichern: zu Leoben würde Oeſterreich die Integrität geſichert haben, dann hätten ſich aber die Franzoſen darauf berufen, ſie ſeien ſchon durch frühere Verpflichtungen (natürlich mit Preußen!) gebunden und deßhalb habe man ſie opfern müſſen *).

Auch die Haltung der kaiſerlichen Diplomatie in Raſtatt ließ alles andere eher, als ein vertrauensvolles Entgegenkommen erwarten. Der Congreß begann ja mit dem peinlichen Schauſpiel der Preisgebung des linken Rheinufers und der Reichsfeſtungen, Schritten, die mit den ſalbungsvollen Erklärungen von der „Integrität des Reiches“ in ſo wunderlichem Gegenſatze ſtanden. Die Vertreter Preußens beurtheilten im Ganzen die Situation richtig: ſie ſahen das Alles als ein abgemachtes Spiel zwiſchen Frankreich und Oeſterreich an, trauten den Verſicherungen der Einen ſo wenig wie denen der Andern, hielten den Inhalt der geheimen Artikel von Campoformio für höchſt bedenklich und zweifelten nicht mehr daran, daß darin ein Stück von Baiern dem Kaiſer preisgegeben war. Die öſterreichiſche Diplomatie nahm freilich zu dem Allem eine ganz unſchuldige Miene an. Graf Metternich, als man ihm den Widerſpruch der officiellen Erklärungen und der Handlungen des kaiſerlichen Hofes vorhielt, lächelte erſt verlegen „wie Jemand, der keine andere Auskunft geben kann“ betheuerte dann ſeine vollkommene Unwiſſenheit über alle geheimen Stipulationen, beklagte das traurige Schickſal des Reichs und betonte in tapfern Worten die Nothwendigkeit, den Franzoſen endlich einmal Halt zu gebieten. Lehrbach zuckte die Achſeln und erging ſich in bittern Ausfällen gegen ſeinen Herrn. Nach mehr als 30jährigen Dienſten lohne

*) Aus einem Berichte des Grafen Keller vom 23. Dez. 1797. In Berlin war man über das Geſpräch verſtimmt und meinte, Reck hätte ſich lediglich auf ſeinen Auftrag beſchränken ſollen.

man ihn nun damit, daß man ihn über die wahre Lage der Dinge in tiefster Unwissenheit lasse! Cobenzl versicherte Jedermann, er stehe ganz außerhalb der Sache; aber seine strahlende Miene bewies, daß er mit der Lage der Dinge zufrieden war *). Auf preußischer Seite schenkte man dem allem keinen Glauben. Man traute den Franzosen das Schlimmste zu und hatte wohl einigen Grund, wenn Rosenstiel, der Gesandschaftssecretair, mit schamloser Aufrichtigkeit erklärte: es sei am besten „Deutschland zu polonisiren." Allein man war ebenso wenig erbaut über die „politische Form", welche die kaiserlichen Gesandten spielten, und über die Unwahrscheinlichkeit ihrer Betheuerungen, die jeden Tag durch die thatsächlichen Vorgänge widerlegt wurden.

Gleichwohl erschien es in dieser verworrenen Situation immer das natürlichste für Preußen, eine Verständigung mit Oesterreich zu suchen. In diesem Sinne wurden die Gesandten zu Wien wie zu Rastatt instruirt. Das Berliner Cabinet hatte früher den Inhalt der geheimen Uebereinkunft vom Aug. 1796 im Vertrauen dem Czaren mitgetheilt, und dieser hatte Oesterreich davon in Kenntniß gesetzt. Jetzt war Graf Keller ermächtigt, dem Wiener Cabinette officielle Mittheilung von dem Vertrage zu machen. Darauf berief man sich jetzt auf preußischer Seite. Ihr kennt, sagte man in Berlin, unsere geheimen Verabredungen mit den Franzosen; es ist nun an Euch, die gleiche Aufrichtigkeit gegen uns zu zeigen **). Ihr wißt, wie der König denkt und wie fern er jeder selbstsüchtigen Taktik ist; Eure Vorwürfe sind also grundlos, oder wie eine Depesche vom 15. Jan. an Graf Keller sagt, sie sind nichts als eine kindische Affektation.

Ganz ohne Frucht blieb denn auch dies Entgegenkommen nicht. Verglichen mit der herben und unfreundlichen Weise, in der sich Thugut zuerst gegen Reck geäußert, war eine leise Annährung nicht zu verkennen und Graf Keller hatte tröstliche Aussichten auf eine Verständigung. Man war wenigstens so weit, daß man äußerlich die Symptome feindseliger Stimmung mied. Der Presse z. B. wurde

*) Berichte der Gesandten vom 18. und 21. Dez. 1797. Ebenso vom 23. Dez. 26. Dez.

**) Daß man auch die geheimen Artikel von Basel mitgetheilt hatte, dafür findet sich wenigstens in der diplomatischen Correspondenz keine Andeutung.

damals von beiden Seiten der Wink gegeben, die zum Theil sehr leidenschaftliche Polemik einzustellen. Am 22. Jan. hatte Keller eine erste Conferenz mit Thugut und Franz Colloredo, welche den von Preußen angeregten „Wunsch einer fortgesetzten Verständigung" zum Anlasse hatte. Sehr weit kam man dabei freilich noch nicht. Thugut stellte die zwei Sätze als Basis auf: die Erhaltung der territorialen und die Bewahrung der constitutionellen Integrität Deutschlands. Der preußische Gesandte meinte: die letztere hänge doch mit der ersteren sehr innig zusammen, und es sei wohl am ersten Oesterreich, das seit lange mit Frankreich unterhandle, in der Lage, die Forderungen der Franzosen zu kennen. Worauf Thugut erwiederte: es sei nicht gesagt, daß das ganze linke Rheinufer verloren gehe. Was Frankreich begehren werde, darüber könne er keine Auskunft geben; Preußen müsse das besser wissen, es habe ja seit lange einen Gesandten in Paris sitzen. Doch gab auch er schließlich zu, daß eine Verständigung wünschenswerth und die Zwietracht beider deutschen Mächte nur den Franzosen förderlich sei *).

Nicht viel ergiebiger war vorerst die Verhandlung des Gesandten in Rastatt. Bei einem Diner, das Metternich (24. Jan.) den preußischen Bevollmächtigten gab, kam das Gespräch auf die politischen Fragen des Tages. Graf Metternich meinte, „einige Säcularisationen seien vielleicht unvermeidlich, aber sie weit ausdehnen schiene von der allergrößten Gefahr." Die Lebhaftigkeit, womit die preußischen Gesandten das Bedürfniß einer Verständigung mit Oesterreich betonten und als den dringendsten Wunsch ihres Königs die möglichst „intacte Erhaltung" des Reiches bezeichneten, schien auf den kaiserlichen Diplomaten Eindruck zu machen. Er wollte offenbac nicht zurückbleiben und äußerte: „der Kaiser will für sich gar nichts, wenigstens so viel mir bekannt ist." Im Laufe des Gesprächs kam man dann tiefer in die eigentlich brennenden Fragen. Die preußischen Gesandten hielten ohne Bitterkeit, aber auch ohne Rückhalt, Metternich vor, was allem Anscheine nach Oesterreich Alles in Campoformio preisgegeben, und wie es neuerlich noch durch die Räumung von Mainz das Reich

*) Berichte Kellers vom 20. und 23. Jan. Noten des Ministers vom 8. und 15. Jan.

dem Feinde schutzlos überlassen habe. Um so dringender aber erscheine eine Verständigung, wenn man nicht wolle, daß die Franzosen völlig Meister würden.

Daß es mit diesem Wunsche ernstlich gemeint war, darüber läßt die Einsicht in die Correspondenz jener Tage keinen Zweifel aufkommen *). Die Berichte der Rastatter Gesandten sind von dieser Vorstellung ebenso beherrscht, wie die Depeschen des Ministeriums; die Correspondenz mit Graf Keller in Wien und die Weisungen an Sandoz-Rollin in Paris bewegen sich vorzugsweise um den gleichen Gedanken. Nicht nur Deutschlands Macht und Integrität, auch seine Verfassung schien aufs höchste gefährdet; schon sah man die Franzosen ihre revolutionäre Propaganda auch auf das rechte Rheinufer ausdehnen und die alte Staatenwelt des Reichs unterwühlen. Die Folgen eines solchen Umsturzes dünkten aber dem Berliner Cabinette ganz unberechenbar **).

Wenn man aufrichtig wollte, schien es immerhin möglich, die Grundlage einer Verständigung zu finden. Man war in Berlin bereit, das früher erwähnte Projekt einer Vergrößerung in Franken ganz fallen zu lassen und nur dann Gebietserwerbungen anzusprechen, wenn Oesterreich das gleiche thue. Wenn also z. B. in Wien der Plan bestand, sich durch Salzburg und Passau zu vergrößern, so wollte Preußen Entschädigung ansprechen, welche der Vertrag vom 5. August 1796 feststellte; wenn Oesterreich Baiern theilen wollte, würde man an einen entsprechenden Ersatz für Preußen (in Westfalen) denken. Falls aber der Kaiser auf jede weitere Erwerbung in Deutschland verzichte, würde auch Preußen gerne den Gefühlen der Uneigennützigkeit und Versöhnung folgen, die es bereits an den Tag gelegt habe ***).

Indessen leicht war es doch nicht, die alten Erinnerungen zu überwinden, zumal auf beiden Seiten die Persönlichkeiten noch am Ruder standen, welche den schneidenden Gegensatz der vorangegangenen Jahre mit verschuldet hatten. Schon die Versuche der preußischen

*) Die Gesandten am 25. Jan., das Minist. am 2. u. 7. Febr.

**) Note des Ministers von 2. Febr.

***) Min. Note vom 7. Febr.

Diplomatie in Rastatt, den Oesterreichern persönlich entgegen zu kommen, waren nicht eben ermuthigend. Cobenzl wie Lehrbach zeigten weder Offenheit noch Entgegenkommen; für die Aufrichtigkeit des Letzteren war es ein zureichender Maßstab, daß er auch jetzt noch, auf Befragen, die Existenz des Abkommens vom 1. Dez. 1797 mit aller Entschiedenheit ableugnete. Für seine Persönlichkeit erweckte es wenig Hoffnung, daß er gleichzeitig in Rastatt herumging und Jedem, der es hören wollte, laut betheuerte, wenn die Rheingrenze verloren gehe, sei allein Preußen daran schuld. Nur Graf Metternichs Haltung verhieß bessere Aussichten; zurückhaltend und schweigsam war wohl auch er, allein er zeigte sich doch nicht abgeneigt gegen den Gedanken einer Annäherung. Wenn seit Anfang Februar die Aussichten etwas günstiger geworden waren, so glaubte man im preußischen Lager, Metternich sei nicht ohne Antheil an solch einem Ergebnisse.

Die Franzosen folgten dieser Wendung mit sichtbarer Unruhe. Zwar ließen sie höhnend durchblicken, daß sie von diesen Freundschaftsversuchen nicht viel Erfolg erwarteten. Als die Aeußerung Preußens bekannt ward es werde auf jede Vergrößerung verzichten, wenn Oesterreich das Gleiche thue, äußerte z. B. Freilhard: Ich lasse mir beide Ohren abschneiden und mich einen Lügner schelten, wenn man Euch in Wien beim Wort nimmt. Und Talleyrand betheuerte Sandoz-Rollin: während Oesterreich gegen Euch freundliche Gesinnungen affektirt, bekämpft es hier das Recht eurer Entschädigung und verfolgt seine Pläne gegen Baiern. Kurz, die Franzosen verhehlten nicht, wie verdrießlich ihnen selbst die Möglichkeit eines Einverständnisses war, und wandten grobe und feine Künste an, dasselbe im Keime zu ersticken.

Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen in Wien und Rastatt.

In der That war ein erster Schritt auf der schwierigen Bahn geschehen; es hatten in Wien wenigstens Besprechungen stattgefunden. Man knüpfte zunächst an die von Thugut aufgestellten Grundlagen an: so viel wie möglich, die Integrität des Gebiets und der Verfassung zu erhalten. Auf preußischer Seite hatte man gegen dies Princip nichts einzuwenden; nur fand man, daß so wie die Dinge

einmal standen, der Satz viel zu unbestimmt und allgemein war. Man brachte daher die schon erwähnten drei Eventualitäten in Erinnerung, völligen Verzicht auf Vergrößerung, mäßige Arrondirung Oesterreichs durch Salzburg und Passau, ausgedehnte Vergrößerung durch den Erwerb Baierns. Zugleich war der Wunsch wiederholt, daß die Verhandlung mit einem Akt voller Aufrichtigkeit beginnen möge; so wie Preußen seine geheimen Verabredungen von 1796 mitgetheilt, so möge auch Oesterreich das Gleiche thun.

Ein eigenhändiger Brief, den Kaiser Franz am 13. April dem König von Preußen schrieb, gab darauf Antwort. In sehr freundlichem Tone gehalten lehnte das Schreiben doch die Mittheilung der geheimen Bedingungen ab, „weil der Kaiser den Franzosen gelobt hatte, sie geheim zu halten." Von den drei Fällen bezeichnete auch der Kaiser den ersten — Verzicht auf jeden Erwerb — als den erwünschtesten. Ob dies freilich ganz ohne Rückhalt gesagt war, darüber regte sich in Berlin einiger Zweifel; es lagen wenigstens manche Anzeichen vor, daß eine Vergrößerung durch Salzburg und Passau in Wien noch nicht aufgegeben war. Der ausgesprochene Grundsatz selber, jeder Vergrößerung zu entsagen, fand aber entschiedene Billigung. „Dieser Weg, heißt es in einem Aktenstück aus dem Cabinet Friedrich Wilhelms III., das nach den ersten Gesprächen mit Thugut geschrieben war, würde mir am meisten entsprechen; denn eine gegenseitige Uneigennützigkeit wäre allein im Stande, die Wunden Deutschlands einigermaßen zu heilen und ihm für die Zukunft eine respektable Existenz zu sichern. Des Kaisers Sache ist es, sich darüber zu bedenken, ob er mit mir gemeinschaftliche Sache machen will, um uns Beiden den Dank der Mitlebenden und die Segnungen der Nachwelt zu sichern. Sollte freilich dieses Entgegenkommen unnütz sein und man trotz meiner Offenheit und meines guten Willens mich stets nur mit leeren Ausflüchten hinhalten, dann würde mir das nur die niederschlagende Ueberzeugung erwecken, daß mit Oesterreich nichts zu machen ist, daß man ihm die Thüre auf immer verschließen muß. Doch ich hoffe, der Kaiser wird in diesem Punkte sein eigenes Interesse nicht verkennen."

Es scheint uns nicht zweifelhaft, daß es in Oesterreichs wahrem Interesse lag, diese Stimmung rasch zu ergreifen und auf eine loyale

Verständigung hinzuarbeiten; denn daß es vorerst in Berlin Ernst war mit diesen Maximen und insbesondere der König davon bestimmt wurde, dafür liegt, abgesehen von allem andern, eine sichere Probe in dem Verhältniß zu den Franzosen. Machten diese aus ihrem Verdruß keinen Hehl, so verbarg zugleich Preußen sein Mißtrauen gegen die Republik nicht. In den vielen Aeußerungen, die aus jenen Tagen vorliegen, findet sich nirgends eine Hindeutung auf den leisen Hintergedanken, sich schließlich doch mit den Franzosen gegen Oesterreich zu verbinden, wohl aber taucht nicht selten der Verdacht auf, die beiden Paciscenten von Campoformio könnten diesen Ausweg wählen. Eine solche Gefahr abzuwenden, suchte das Berliner Cabinet zugleich nach einer andern Anlehnung, die sich jedenfalls mit französischen Sympathien nicht vertrug. Mitte Februar wurde nämlich Rußland auf vertraulichem Wege von dem Stand der Dinge in Kenntniß gesetzt und um seine Mitwirkung in den Verhandlungen mit Oesterreich angegangen *).

Auch ward die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang geduldig festgehalten und auf jedes günstige Anzeichen sorgsam geachtet. Man tröstete sich, daß das kaiserliche Schreiben, wenn auch im Inhalt nichtssagend, doch im Tone verbindlich war; von der Kaiserin hatte man Proben geneigter Gesinnung, von Colloredo versicherte Graf Keller das Gleiche und bei Metternich glaubte, wie wir uns erinnern, die Rastatter Gesandtschaft verwandte Gesinnungen voraussetzen zu dürfen.

Eine zweite Besprechung, die Keller am 10. Febr. mit Thugut hatte, kühlte freilich die Hoffnungen wieder ab. Als der preußische Diplomat den Vertrag vom 5. August und die erläuternde Denkschrift vom 1. Februar 1797 überreichte, meinte Thugut fast verdrießlich: man habe diese Aufrichtigkeit ja gar nicht verlangt, es handle sich jetzt viel weniger um die Vergangenheit, als um die Zukunft. Von einer Gegenleistung, die in Mittheilung der gehei-

*) Depesche an Keller mit dem Bemerken über Paul: Si l'humeur qu'il temoigne contre la Cour de Vienne depuis la paix de Campoformio lui permet d'intervenir aux affaires, dont vous êtes chargé il ne tardera pas d'y autoriser le Comte de Rasumowski et vous vous en appercevrez aisément. Die erste Anknüpfung mit Rußland fand darnach früher statt, als bei Miliutin I, 46 erwähnt ist.

men Artikel von Campoformio bestände, wollte er vollends nichts hören; es sei nun einmal das Abkommen getroffen, dieselben erst später bekannt zu machen und Preußen könne doch nicht verlangen, daß der Kaiser dieser Verpflichtung treulos werde! Zudem habe es sich über die zwei von Oesterreich vorgeschlagenen Grundlagen, Integrität des Gebiets und der Verfassung, noch nicht einmal geäußert. Diese Behauptung nahm Keller nicht ohne Befremden auf. Allerdings, erklärte er, habe Preußen seine Meinung darüber kundgegeben; es entsprächen dieselben der Ansicht des Königs durchaus, allein es handle sich darum, ob sie im jetzigen Augenblick noch anwendbar seien. Man brauche nur die gegenwärtige Lage des linken Rheinufers zu betrachten, um an der Möglichkeit zu zweifeln. Der Verlust an Gebiet, meinte Thugut, schließe nicht gerade Aenderung der Verfassung ein; übrigens sei ja auch nicht die Abtretung des ganzen linken Rheinufers nothwendig. Wogegen der Andere betonte, wie werthlos es für Preußen wie für Deutschland sei, wenn man den größten Theil abtrete und einige winzige Parcellen zurückbehalte.

Graf Keller nahm keinen günstigen Eindruck von dieser Unterredung mit; er sah überall nur Ausflüchte und Mittel Zeit zu gewinnen. Es scheint nun einmal, schrieb er nach Berlin, Thugut durchaus zu widerstreben, den Weg gegenseitiger offener Mittheilungen zu betreten. Ich halte ihn für festgerannt in seinem Vorurtheil, daß die Interessen Oesterreichs in Deutschland eine fortwährende Opposition gegen Preußens Absichten nothwendig machen. Auch war Keller *) nach diesen Mittheilungen nicht mehr im Zweifel darüber, daß die geheimen Artikel von Campoformio von der Art seien, daß sie den andern Mächten verborgen werden müßten.

In Berlin war man natürlich nicht erbaut von diesem Verlauf; aber die Hoffnung gab man doch nicht auf. Wir wollen uns alle Mühe geben, schrieb das Ministerium am 20. Februar an den Gesandten, den Wiener Hof auf den rechten Weg zu bringen und ihm begreiflich zu machen, daß sein eigenes Interesse, ja das Interesse aller monarchischen Regierungen das gebietet.

---

*) Bericht Kellers vom 12. und vom 14. Februar.

Am 14. Febr. fand in Wien eine dritte Conferenz statt, nachdem vorher Thugut dem Kaiser Bericht erstattet hatte. Man sprach vom linken Rheinufer wie in den frühern Unterredungen; der österreichische Minister fand, daß die Entschädigung des Hauses Oranien eine Deutschland fremde Sache sei und hielt das Princip der Säkularisation für bedenklich. Der eigentliche Kern der Unterredung betraf aber die geheimen Artikel von Campoformio. Oesterreich habe, so wiederholte Thugut, die Mittheilung der Augustconvention nicht verlangt und müsse bitten, daß Preußen auf der Mittheilung der geheimen Artikel von Campoformio nicht weiter bestehe. Das hieße — so lautete wörtlich seine Erklärung, wie er sie Keller dictirte — das hieße verlangen, daß der Kaiser sein gegebenes Wort bräche! Um indessen jeden Vorwand eines Hindernisses in der gegenwärtigen Verhandlung zu heben, habe der Kaiser das Ministerium zu der Erklärung ermächtigt: daß zwischen ihm und Frankreich keinerlei Verpflichtung bestände, die den zwei vorgeschlagenen Grundlagen widerspräche: nämlich einmal der unveränderten Erhaltung der Reichsverfassung in dem, was man bis zum Frieden erhalten habe, dann der Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes, wodurch die dem Reich aufzulegenden Opfer möglichst gemindert würden *).

Zunächst hat der Wortlaut dieser Aussagen ein charakteristisches Interesse. Nachdem der ursprüngliche Vorschlag Thuguts nackt und rund die Integrität des Reichsgebiets und der Reichsverfassung verlangt hatte, wurde jetzt der Reichsverfassung nur mit einer bedenklichen Clausel erwähnt, und die Integrität des Gebiets schwand auf die „Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstands" zusammen. Nach dem „gegenwärtigen Besitzstand" war aber das linke Rheinufer französisch. Man hatte darum in Berlin Recht, wenn man über diese neueste Wendung bemerkte: „führt man diese gewundenen Phrasen auf ihren wahren Werth zurück, so erkennt man darin nur die Verlegenheit, die einfache oder bedingte Abtretung des linken Rheinufers offen einzugestehen. Viel

*) l'une le maintien intacte de la constit. germanique dans ce qu'à la paix on serait parvenu à conserver en l'Empire; l'autre de conserver l'état des possessions actuelles et de diminuer autant qu'il sera possible les sacrifices à faire par l'Empire.

besser fürwahr, man spräche aufrichtig aus, was doch nicht mehr zu läugnen ist, als dies Gerede von der Integrität des Reichs mit einer so durchsichtigen reservatio mentalis."

Der Inhalt der Erklärung aber, die Thugut im Namen seines Kaisers gab, bedarf kaum eines Commentars. Nachdem Oesterreich zu Campoformio den größten Theil des linken Rheinufers abgetreten, sich nicht nur Salzburg und das Innviertel hatte zusagen lassen, sondern noch weitere Erwerbungen, falls Frankreich solche in Deutschland mache, nachdem es die Entschädigung der in Verlust gerathenen Fürsten zugegeben, die ohne Säkularisation und Umgestaltung der Verfassung nicht zu denken war, nach dem Allem feierlich zu erklären, man habe keine Verpflichtung gegen die Integrität des Reichs und seine Verfassung eingegangen; das hatte selbst bei Thugut etwas Ueberraschendes, wenn an ihm noch irgend etwas überraschen dürfte.

Aber es war diesmal nicht Thugut allein, Kaiser Franz selber hatte sich in dies falsche Spiel tief eingelassen. Am Tage vor der Conferenz (13. Febr.) war ein weiteres Schreiben von ihm an Friedrich Wilhelm III. abgegangen, das unserer deutschen Gutmüthigkeit eine noch stärkere Probe stellt, als jene Ausflucht Thuguts.

Mit salbungsvollen Worten war darin die Hoffnung ausgesprochen: daß die vorgeschlagenen Grundlagen zum Ziele führen würden. Der Kaiser sei darum überrascht gewesen, daß Preußen die Forderung erhoben, die geheimen Artikel zu erfahren, zu deren Geheimhaltung sich Oesterreich doch verpflichtet. Man werde ihn, den deutschen Kaiser, doch nicht veranlassen wollen, in so schweren Zeiten den Franzosen das Beispiel eines Wortbruchs zu geben! Aufs cordialste versicherte er im Uebrigen seinen Wunsch nach aufrichtigem Einverständniß; nicht ohne Schauder könne er an die Gefahr eines Umsturzes des h. römischen Reichs denken, dessen Haupt er sei.

Die Erwiederung Friedrich Wilhelms III. (24. Febr.) verwies zunächst auf die Mittheilungen seines Gesandten in Wien. Auch er sei einverstanden mit den beiden vorgeschlagenen Grundlagen; allein man müsse doch vor Allem wissen: was in der heutigen Lage unter „Integrität des Reichsgebiets und Stand seines gegenwärtigen Gebiets" verstanden werden könne. Er erinnere nur an das thatsächliche Schick-

sal des linken Rheinufers, an die Räumung von Mainz. Aus diesem Grunde sei es allerdings wünschenswerth gewesen, die geheimen Artikel zu erfahren. Ich schlage Ew. Majestät vor, fuhr dann das Schreiben fort, sich mit Ihren Entschädigungen in Italien zu begnügen, die erblichen Besitzungen des Reiches unberührt zu lassen und auf jede Gebietserwerbung in Deutschland zu verzichten; den Grundsatz der Säkularisation so viel zuzulassen, als es nothwendig ist, um die auf dem linken Rheinufer in Verlust gerathenen Fürsten völlig zu entschädigen und diesen Grundsatz auch auf das Haus Oranien anzuwenden. Ich verspreche dagegen mich lediglich auf die Entschädigung zu beschränken, die mir als Ersatz für den Verlust meiner überrheinischen Gebiete zufallen wird, und ich werde auch in dieser Rücksicht alle denkbare Mäßigung zeigen.

Indessen pflog Thugut mit Keller noch weitere Unterredungen, die er übrigens selber für lediglich persönliche Gespräche erklärte, und deren Inhalt nicht eben große Neigung verrieth, sich rasch zu verständigen. In Berlin wurde man allmälig ungeduldig. Die Haltung des österreichischen Ministers erschien wie ein „Gewebe von Chikanen, Ausflüchten und Zögerungen" und als ein Beweis, daß der Wunsch eine aufrichtige Eintracht herzustellen sehr gering sei. Statt sich in diesem Cirkel nutzloser Abschweifungen zu bewegen, sollte man rasch aufs Ziel losgehen und rund heraus erklären, ob der Grundsatz uneigennütziger und mäßiger Haltung, den der König ausgesprochen hat, dem Kaiser genehm ist oder nicht! *)

Doch kam man um einen kleinen Schritt weiter. Der letzte Brief Friedrich Wilhelms ward am 8. März vom Kaiser ausführlich erwiedert; in diesem Schreiben war zwar das Recht Oesterreichs auf eine ausgedehntere Entschädigung betont und auf die Vergrößerungen Preußens in Polen hingewiesen, allein der Kaiser erklärte sich zugleich bereit auf Unterhandlungen durch bevollmächtigte Minister einzugehen, die in Berlin oder Wien stattfinden und an denen Rußland Theil nehmen könnte.

Der Inhalt des kaiserlichen Schreibens befriedigte zwar in Berlin nicht; man vermißte eine bestimmte Erklärung auf die gestellten

*) Min. Depesche vom 10. März.

Fragen; aber es bot doch einen Punkt der Anknüpfung. In der isolirten Lage, in welcher sich die preußische Politik befand, bei der Coalition als Franzosenfreund verdächtig und von den Franzosen beschuldigt, mit Coalitionsplänen umzugehen, ohne sichere Anlehnung hier wie dort, durfte Preußen eine Handhabe möglicher Verständigung nicht ohne Weiteres zurückweisen; in einem eignen Memoire des Ministeriums an den König war diese Ansicht näher begründet. „Wir können Ew. Majestät nicht verhehlen, daß, welchen Weg wir auch wählen, wir gefährliche Klippen finden. Wenn man die Verhandlung mit Wien aufgiebt, so zweifeln wir keinen Augenblick, daß, falls wir die mit Frankreich wieder aufnähmen, es uns gelänge, uns nicht allein demselben zu nähern, sondern daß die Republik vielleicht entgegenkommender und coulanter als je in Betreff der Entschädigungsfrage sein würde. Allein die Gefahr, die in der Einmischung der Franzosen in die inneren Reichssachen liegt, ist doch sehr zu beachten; was das heißt, sieht man eben in der Schweiz und in Italien*). Die französische Occupation, auch rechts vom Rhein, wird dann die unvermeidliche Folge sein. Um diese zu hindern und die Franzosen zur Räumung des deutschen Gebietes zu bewegen, ist eine Verständigung mit Oesterreich nothwendig; dieselbe kann freilich zu ernsten Conflikten, vielleicht zu einem Kriege führen. Auch diesen Fall muß man wohl in Erwägung ziehen, zumal Oesterreich fortdauernd so wenig Aufrichtigkeit zeigt.“ So sei, hieß es einige Tage später in einem andern Aktenstücke des Ministeriums, jeder Weg gefahrvoll; aber Alles in Allem erwogen, habe der Kaiser das gleiche Interesse wie Preußen oder ein noch größeres, Deutschland von dem grausamen Joch zu befreien, das die Franzosen im Begriffe seien, Deutschland aufzulegen. Darum sei man entschlossen, den Weg zu betreten, der zur Annäherung an Oesterreich führe. Die Verhandlungen sollten in Berlin

*) Damit traf zusammen, was am 7. März die Gesandtschaft in Rastatt schrieb: Un accord heureux entre V. M. et l'Emp. pourrait seul dans ces circonstances sauver l'Empire de l'influence ulterieure et pernicieuse de la nouvelle Republ. Eine minist. Note vom 23. (s. fol. 38) ist darauf gleichsam die Antwort.

**) Minist. Darlegungen vom 16. und 20. März 1798.

ſtattfinden, um ſie der unmittelbaren Einwirkung Thuguts zu entziehen und auch Raſumowski, deſſen ſchlechte Meinung bekannt ſei, zu beſeitigen. Auch ſcheine Berlin der paſſendſte Ort für eine Verhandlung, die zugleich mit Petersburg und Wien zu correſpondiren habe.

Im gleichen Sinne beantwortete Friedrich Wilhelm das Schreiben des Kaiſers (19. März). Er verhehlte nicht, daß ihn die kaiſerlichen Aeußerungen nicht befriedigt hätten, und daß er es, nach Thuguts eignem Ausſpruch, für unnütz halte, jetzt auf Vergangenes zurückzukommen, wo es ſich um die Zukunft handle — aber er knüpfte daran die Einladung an den Kaiſer, die Conferenz in Berlin zu beſchicken und erklärte ſich zugleich bereit, Rußland zur Theilnahme aufzufordern.

Mit Rußland war, wie wir uns erinnern, durch Friedrich Wilhelm III. ſchon im Februar eine Anknüpfung verſucht worden; dann hatte Kaiſer Franz in ſeinem erwähnten Schreiben vom 8. März die Theilnahme des Czaren vorgeſchlagen *), und ſich an Paul ſelbſt gewandt, um deſſen Vermittelung in den öſterreichiſch-preußiſchen Differenzen nachzuſuchen. Die Antwort des Czaren (16. März) lautete ſehr entgegenkommend. In einem Ton, der gegen Oeſterreich wie Preußen gleich freundſchaftlich klang, erklärte er ſich bereit zu vermitteln und an den Verhandlungen in Berlin Theil zu nehmen. Wenn er freilich dabei ſchon die Hoffnung ausſprach, einen Defenſivbund zwiſchen den drei Mächten geſchloſſen zu ſehen, dem auch England und Dänemark ohne Zweifel beitreten würden, ſo eilten ſeine Wünſche der

*) Bei Miliutin I. 339 iſt dieſes Schreiben nach einem Bericht von Panin erwähnt und davon geſagt, daß es die Vermittlung Pauls vorſchlug. In dem Briefe ſelbſt aber, von dem eine Abſchrift uns vorliegt, iſt indeſſen nur von der Theilnahme Rußlands die Rede. Aehnlich iſt der Sache auch in Friedrich Wilhelms III. Antwort (19. März) erwähnt und in der Depeſche Kellers vom 20. März lautet der Ausdruck: de faire intervenir l'Empereur de Russie dans la discussion de nos différens. Bei Miliutin iſt aber im Texte S. 46 bereits von einem „Schiedsrichteramt" Pauls die Rede, während das in den Noten S. 340. mitgetheilte Schreiben davon nichts ſagt, ſondern nur bemerkt: la proposition qu'elle me fait de devenir médiateur entre V. M. I. et le Roi de Prusse etc. Man darf dabei freilich nicht vergeſſen, daß dieſer Theil des ruſſiſchen Werkes von Michailowski-Danilewski verfaßt iſt.

Situation, wie sie war, um ein bedeutendes voran. Ein solcher Defensivbund wäre der Anfang einer Coalition gewesen, und das war es gerade, was das preußische Cabinet auf jede Weise zu vermeiden suchte.

Die Rückwirkung dieser Vorgänge war in Rastatt wie in Paris zu spüren. Am Congreßort traten die beiden Gesandtschaften unter sich in eine besondere Verhandlung, während die Franzosen in Rastatt wie in Paris ihren Unmuth über die Bemühungen Preußen's, sich mit Oesterreich zu verständigen, unverhüllten Ausdruck gaben.

Die Nothwendigkeit der Annäherungen ward aber in Rastatt so lebhaft wie in Berlin empfunden. Wenige Tage bevor man sich hier entschloß, zu den Conferenzen die Hand zu bieten, war aus Rastatt ein wahrer. Nothschrei gekommen über das Verfahren der Franzosen. Nur eine glückliche Uebereinstimmung, schrieb die Gesandtschaft am 7. März, kann das Reich vor dem weiteren verderblichen Einfluß der Republik bewahren. Und nicht nur diese, eine jede Depesche der Gesandten war erfüllt mit Schilderungen von dem brutalen Uebermuth der Fremden, ihren Erpressungen auf dem linken, ihren Gewaltthaten und ihrem revolutionären Unfug auf dem rechten Rheinufer. Gleichwol, schrieb damals das Ministerium (23. März) können wir Euch nicht ermächtigen, eine entschiedene und kräftige Sprache in diesen Dingen zu führen, ehe wir mit dem Wiener Hof uns über ein aufrichtiges und wirksames Zusammengehen verständigt haben.

Den Franzosen entging diese Lage der Dinge nicht; ihr Verdruß über die preußischen Bemühungen äußerte sich in der verschiedensten Weise. Anfangs drohte Talleyrand in einem Gespräch mit Sandoz: wenn Preußen ohne Frankreich sich verständigen wollte, so würde das Direktorium bei der ersten Gelegenheit die Auflösung des Congresses veranlassen; worauf dann das Berliner Cabinet meinte, unter den gegenwärtigen Umständen würde dies kein großes Unglück sein. Ein andermal verspottete der französische Minister das gutmüthige Vertrauen der Preußen, die da immer noch meinten, Oesterreich werde ihnen die geheimen Artikel mittheilen. „Sie werden das in Wien nie thun, denn sie würden Euch damit die Geheimnisse ihrer künftigen Politik preis geben." Mit den drohenden und unmuthigen Mienen wechselten dann die freundlichen; man gab sich in Paris alle

Mühe, durch erneuerte Liebkosungen Preußens Vertrauen zu gewinnen und es von Oesterreich abzuwenden. Oder man nahm schmollend die Miene an, als glaube man das Berliner Cabinet mit Coalitionsnoten beschäftigt und als sei die Verhandlung, die es betreibe, nur der erste Schritt zu einem Bündniß der östlichen Mächte gegen Frankreich*).

Den interessantesten Versuch, auf Preußen zu wirken, machte Bonaparte in einer Unterredung mit Sandoz-Rollin. Oesterreich, sagte er, ist mit mir übereingekommen, zur Abtretung des linken Rheinufers seine Zustimmung zu geben; die Schwierigkeiten, die es heute macht, haben lediglich den Zweck, seine Verabredungen mit Frankreich zu verbergen, um sich seine Popularität im Reich zu sichern. Unterhandeln heißt bekanntlich für Oesterreich Geduld und Zeit erschöpfen. Gewiß der Besitz von Mainz, das der Kaiser auf eine klägliche Weise und ohne Noth an Frankreich überließ, hat dem Direktorium die „Idee und bald auch das Recht gegeben", das linke Rheinufer zu fordern; der Kaiser hat mit der Auslieferung von Mainz diese Grenze geopfert und man wird ihn, was er auch sagen mag, für den Urheber der Theilung des Reiches halten. Jetzt wünschte aber das Direktorium, daß Preußen sich in die Vollziehung des Friedens einmischte, namentlich von Sachsen und Hannover die Zustimmung zur Abtretung der Rheingrenze verlangte. Die Verpflichtung, die wir dadurch gegen Preußen hätten, würde manche eventuelle Bedingung schwächen, deren Ausführung Preußen so wenig wie Frankreich wünschen kann. Es gibt kein anderes Mittel Baiern vor jeder Art der Theilung zu retten. Wenn freilich Preußen zwischen Frankreich und Oesterreich schwankt oder mehr zu letzterem neigt, dann wird das Direktorium sich von jeder Art Rücksicht entbunden erachten und die Bedingungen von Campoformio strikt vollziehen; den Schaden wird dann Preußen tragen. Auf den Wunsch des preußischen Gesandten, Frankreich möge durch Mittheilung der geheimen Artikel einen ernsten Beweis seiner Aufrichtigkeit geben, erfolgte keine Antwort von Bonaparte, wohl aber schloß er die Unter-

*) Dies und das folgende nach Sandoz' Berichten 4. Febr. und 14. März. Minist. Note vom 26. März und 2. April.

redung mit dem fast drohenden Wink: „Wenn Preußen glaubt, seine Neutralität so weit ausdehnen zu können, daß es in seinen theuersten Interessen völlig passiv bleibt, so heißt das, seinen Rang als Großmacht aufgeben.“

Die Andeutung Bonapartes, daß Baiern gefährdet und nur durch eine Verständigung Preußens mit den Franzosen zu retten sei, ist schwerlich auf ganz unfruchtbaren Boden gefallen; wenigstens erinnerte man sich später daran. Damals aber machten diese Bemühungen sammt und sonders keinen großen Eindruck. Man beschränkte sich auf die Versicherung, daß die Verabredungen nichts gegen Frankreich Feindseliges bezweckten, sondern eher dahin zielten, Oesterreich in seinen Forderungen zu mäßigen. Vertraulich aber sagte man sich*): Oesterreich habe doch ein sehr großes Interesse der Verständigung, und Frankreich spekulire wahrscheinlich nur darauf, Oesterreich und Preußen zu trennen. Eben darum trug man auch kein Bedenken, in denselben Tagen lebhafte Beschwerden an die Franzosen ergehen zu lassen sowohl über ihr Verfahren auf dem linken Rheinufer, als über die revolutionären Wühlereien im Reich und über das Vorgehen gegen die Schweiz.

Die Berliner Conferenzen.

Während man sich so, unter grollender Opposition Frankreichs, in Wien dahin einigte, Conferenzen der drei östlichen Mächte nach Berlin zu berufen, war die Verhandlung, die diese Conferenzen beschäftigen sollte, auf einem seltsamen Umweg vorläufig begonnen worden. Graf Cobenzl hatte der preußischen Gesandtschaft in Rastatt in der letzten Woche März vorgeschlagen, Besprechungen über die gegenseitige Verständigung zu eröffnen, dabei aber ausdrücklich bemerkt, er äußere dabei lediglich seine Ansichten als Privatmann. Die preußischen Gesandten gingen bereitwillig darauf ein; denn sie waren, wie ihr Bericht nach Berlin sagte, für eine Verständigung mit Oesterreich, auch wenn dieselbe Preußen Opfer kostete. „In einer Krisis, wie die gegenwärtige ist, müssen alle andern Erwägungen der Wohlfahrt Deutschlands und Europas nachstehen; und dies Ergebniß wird allem

*) Minist. Note vom 2. April.

Anſchein nach von unſerer Verhandlung mit dem Wiener Hofe abhangen*)."

Die erſten Geſpräche trugen einen allgemeinen Charakter; es war zunächſt von der gegenſeitigen Entſchädigung die Rede, ohne daß man zu einer näheren Feſtſtellung kam. Bemerkenswerth war dabei nur Eins. Die Geſandten Preußens hatten ſich bereit erklärt, ihre Forderungen auf's mäßigſte zu beſchränken, wenn ausdrücklich das Princip an die Spitze geſtellt würde: die erblichen Fürſtenthümer auf dem rechten Ufer des Rheines intakt zu erhalten. Mit andern Worten, ſie verlangten eine Garantie Baierns gegen jeden Tauſch- oder Theilungsplan. Im erſten Moment zeigte ſich Cobenzl damit einverſtanden, nahm aber dann, nach einer Beſprechung mit Lehrbach, die Zuſage zurück. Vergebens ſtellten ihm die Preußen lebhaft vor, wie ſolch eine Weigerung dem weiteſten Verdacht in Betreff Baierns Nahrung gebe; der öſterreichiſche Miniſter blieb bei ſeiner Ablehnung.

Nun überreichte Cobenzl einen Entwurf, den er aperçu eventuel nannte. Darin waren namentlich 5 Punkte hervorgehoben. Für's Erſte entſagten Oeſterreich und Preußen jeder Erwerbung im Reich. Zweitens erhielt Preußen nur Erſatz für ſeine linksrheiniſchen Gebiete, und zwar war das Stift Hildesheim dazu auserſehen. Oranien ſollte eine Entſchädigung erhalten, doch nur wenn für Modena das Gleiche eintrete, und in jedem Falle ſollte die oraniſche nicht in der Nähe des Kaiſerſtaats gelegen ſein. Drittens ſollten beide Mächte gemeinſam dafür wirken, daß das Reich möglichſt wenig Einbuße an Gebiet erleide und ſeine Verfaſſung erhalten bleibe. Viertens ſollten die drei geiſtlichen Kurſtaaten fortbeſtehen und entſchädigt werden. Fünftens ſollte die Laſt der Entſchädigung gleichmäßig vertheilt, der Grundſatz der Vergrößerung der weltlichen Fürſten bekämpft und überhaupt die Säkulariſation möglichſt beſchränkt werden. Auf dieſen Grundſätzen würden dann Oeſterreich und Preußen gemeinſam handeln, den franzöſiſchen Uebergriffen aufs rechte Ufer entgegentreten, und die Räumung des deutſchen Gebiets von den fremden Truppen zu erwirken ſuchen.

Die preußiſche Geſandtſchaft erklärte ſich mit den Schlußſätzen ganz einverſtanden; ihre Bedenken betrafen außer dem Intereſſe des

*) Depeſche der Geſandten vom 26. März.

Hauses Oranien und der Entschädigung der geistlichen Kurstaaten vornehmlich den fünften Punkt, der nach ihrer Ansicht, „als dunkel und verwickelt“ ganz umgestaltet werden müßte. Aehnlich war auch die Auffassung in Berlin*). Man sprach dort seine Befriedigung aus, daß endlich etwas geschehen, und war bereit, sich mit Hildesheim und einigen Abrundungen der fränkischen Fürstenthümer zu begnügen, sobald der Kaiser den Grundsatz ausspräche: de conserver intactes les principautés héréditaires de la rive droite aux maisons qui la possèdent. Gegen eine Entschädigung Modenas hatte man nichts einzuwenden, nur wollte man ihre Reciprocität mit der oranischen nicht zugeben. Die entschiedenste Opposition erhob sich aber auch in Berlin gegen den fünften Artikel. Der Grundsatz, die Verluste des Reichs auf alle Mitglieder, geistliche wie weltliche, zu übertragen, erschien dort ganz unzulässig und in der Ausführung unmöglich. Die in Verlust gerathenen Fürsten sollten nichts als eine strikte Entschädigung erhalten, allein dieselbe könne lediglich auf dem Wege der Säkularisation beigebracht werden. Diese letztere solle nur so weit ausgedehnt werden, als sie durchaus nothwendig war und dabei immer der Grundsatz beachtet bleiben, die erblichen Fürstenthümer unversehrt zu erhalten.

Das Wesentliche dieser Besprechungen lief also immer auf die Frage hinaus, ob man das Princip der unveränderten Erhaltung der weltlichen Fürstenthümer aussprechen solle oder nicht, und gerade in diesem Punkt war man auf österreichischer Seite besonders spröde. Je zurückhaltender man sich aber darin zeigte, desto mehr regte sich auf der andern Seite der Verdacht, daß bedenkliche Absichten im Hintergrunde lägen. Je genauer wir, schrieb die preußische Gesandtschaft am 31. März, über die hartnäckige Opposition des Grafen Lehrbach gegen diesen Grundsatz nachdenken, desto mehr sind wir von der Nothwendigkeit durchdrungen, darauf mit unerschütterlicher Festigkeit zu beharren.

Man kam denn auch in dieser Frage zu keinem sichern Ergebniß. Nur einen flüchtigen Moment hatte es den Anschein, als würde man sich verständigen. In einer Unterredung der preußischen Gesandten mit

*) Note vom 2. April.

Lehrbach und Cobenzl erklärten die Letzteren, ſie hätten nichts gegen die Aufnahme jenes Satzes zu erinnern, wenn Preußen auf die geforderte Abrundung in Franken und auf eine Entſchädigung für das Haus Oranien verzichte. Die preußiſchen Bevollmächtigten gingen im Ganzen darauf ein, ließen die fränkiſche Entſchädigung fallen und begehrten für Oranien nur einige trieriſche Aemter, für welche dann wieder Oeſterreich eine ihm entſprechende Erwerbung erhalten ſollte. Auch in Berlin wollte man ſich mit dem Statusquo in Franken begnügen; nur an der für Oeſterreich verheißenen Gegenleiſtung hatte man kein Gefallen. Weiter kam die Sache nicht. Cobenzl reiſte nach Wien, die bekannte Streitigkeit mit Bernadotte nahm alles Intereſſe in Anſpruch. Aber Eines hatte Cobenzl vor ſeiner Abreiſe, als die preußiſchen Geſandten von Neuem auf die Anerkennung jenes Princips drangen, geſprächsweiſe geſagt: Was kann denn Preußen daran liegen, wenn der Kaiſer irgend einen kleinen Streif Landes (quelque petite lisière) der uns eine beſſere militäriſche Stellung gibt, in Baiern gewinnt; eine ſolche Bagatelle ſollte in einer Kriſis, wie die gegenwärtige iſt, nicht ſo viel Zänkerei verurſachen*).

So blieb die Sache im Ungewiſſen und erhielt auch von anderer Seite keine Förderung. Wohl war in den Geſprächen, die Keller mit Thugut pflog, der Ton minder ſchroff, als zu Anfang, aber die Unterhandlung rückte nicht von der Stelle. Ich billige durchaus, hieß es in einer preußiſchen Note vom 9. April, die Anſichten, welche S. Kaiſ. Majeſtät in der letzten Audienz Ihnen über die perfide Politik der Franzoſen und über die Gefahr, womit ſie Europa bedroht, geäußert hat; aber ich muß bedauern, daß eine ſo weiſe Theorie nicht beſſer in die Praxis übertragen wird. Kaiſer Franz ſchrieb (3. April) einen neuen Brief an den preußiſchen Monarchen und ſprach in den freundlichſten Worten ſeine Zuſtimmung zu den berliner Conferenzen aus; indeſſen die Conferenzen begannen nicht. Fürſt Reuß pflog mit Finkenſtein und mit Haugwitz Unterredungen über die Modalitäten der Verſtändigung; allein Inſtruktionen hatte er noch keine. In Berlin wurde man ernſtlich ungeduldig; man ſah überall nur berechnete Umſchweife und Zögerungen, und die alten Geg-

*) Geſandtſchaft am 10. 18. April, Miniſt. am 20. April.

ner Oesterreichs, wie Alvensleben, äußerten fast schadenfroh: das sei die überlieferte Taktik, man wolle Preußen dazu bringen, daß es gemeinsam gegen Frankreich auftrete, ohne daß man vorher die geringste Verpflichtung eingehe. Der Zweck sei, Preußen die Vortheile des Augustvertrags zu entreißen, es mit Frankreich zu überwerfen und dann über seine Stellung in voller Abhängigkeit zu verfügen. Auch der König hatte (10.) dem Fürsten Reuß in einer Audienz sein Bedauern ausgedrückt, daß inmitten der beunruhigenden Krisis, die Deutschland bedrängt, die Verständigung beider Mächte auf so viele Zögerungen stoße; so lange die Grundsätze jenes Einverständnisses nicht fixirt seien, könne er seinen Gesandten in Rastatt nur eben anweisen, Mittel der Vorstellung und Ueberredung anzuwenden, um Deutschland einen vortheilhaften Frieden zu sichern.

So war, wie sich eine ministerielle Schrift (30. April) ausdrückte, die Unterhandlung „completement pendue au croc", Dank der Unthätigkeit, womit beide Kaiserhöfe, in Petersburg und Wien, die Sache behandeln.

Die Franzosen ließen nicht ab, diese Verschleppung für sich zu nützen; freundliche und unfreundliche Mittel wurden angewendet, um Preußen von einem Abschluß mit Oesterreich zurückzuhalten. Zunächst wurde mit schmeichelnden Worten der Werth hervorgehoben, den Frankreich gerade auf die Freundschaft Preußens lege. Der König von Preußen, äußerte einer der Direktoren gegen Sandoz*), wird mehr und besseres erlangen, wenn er nur in seinem Namen seine Begehren stellt und nicht im Gefolge von Oesterreich; so sehr das Directorium geneigt ist, den Wünschen des Königs nachzugeben, so sehr widerstrebt es ihm, auf die Anschauungen des Kaisers einzugehen. Oder es wurde Preußen eifrig zugesetzt, daß es bei der Convention vom August 1796 unverrückt stehen bleibe und — wie es nachher 1802 geschehen ist — einstweilen unter französischer Protektion faktisch von den dort versprochenen Entschädigungen Besitz ergreife. Würden wir das thun, sagte damals ganz richtig das Berliner Cabinet, so würden wir nur Oesterreich den Vorwand geben, das Gleiche in Baiern zu versuchen. Dann wäre der Umsturz in Deutschland allgemein — und das ist

*) Dessen Depesche vom 11. April.

gerade, was wir hindern wollen. Gleich nachher trat (am 10. Mai) der französische Gesandte in Berlin, Caillard, mit dem offenen Vorschlag eines französisch-preußischen Bündnisses hervor. Er übergab eine Denkschrift, worin die Unmöglichkeit einer Allianz mit Oesterreich und Rußland nachgewiesen und die Gefahr einer Isolirung Preußens hervorgehoben ward. Halb schmeichelnd, halb drohend wurde das französische Bündniß anempfohlen. Schmeichelnd durch die entschiedenste Versicherung, daß die Republik durch die Allianz den Frieden und nichts als den Frieden erstrebe. Drohend, indem am Schlusse daran erinnert ward, daß Frankreich zum zweiten Male dies Begehren fruchtlos gestellt habe. Sie werden begreifen, schloß Caillard, daß die Würde der fränkischen Republik ihr nicht gestatten würde, sich abermals einer abschlägigen Antwort auszusetzen, und daß wir uns alsdann genöthigt sehen würden, andere Combinationen zu suchen, in denen für Preußen keine Stelle mehr wäre.

Nach den obigen Mittheilungen braucht es kaum des Nachweises, daß von einer Allianz mit Frankreich die Stimmungen in Berlin seit lange nicht so entfernt waren, wie damals*). Seit Monaten bemüht, ein Gegengewicht gegen die Franzosen zu schaffen, das nicht geradezu eine Coalition war, hoffte das preußische Cabinet immer noch auf den Erfolg dieser Bemühungen und war darum gerade in dieser Stunde am wenigsten versucht, plötzlich sein System zu wechseln. Es liegt uns ein Gutachten von Alvensleben über die französische Denkschrift vor. Sogar er, der sonst unter den Cabinetsministern schon seit 1793 am meisten nach dieser Seite geneigt und für eine Annäherung an Oesterreich am wenigsten gestimmt war, wollte die französische Allianz nicht empfehlen. Selbst auf die Gefahr hin, daß sich dann eine engere Verbindung zwischen Oesterreich und den Franzosen bilden würde, schien die Ablehnung des Anerbietens ihm der einzig richtige Weg. Denn eine Allianz Preußens mit Frankreich, meinte er, werde nur die Gegenallianz Rußlands mit Oesterreich beschleunigen und

*) Die russische Auffassung, die nach Repnins Berichten nachher von der Ansicht ausging „die Zuneigung des berliner Hofes sei bereits eben so groß, als dessen Haß gegen Oesterreich" (Miliutin I. 348) war, wie die folgenden aktenmäßigen Mittheilungen beweisen, in einem entschiedenen Irrthum befangen.

Preußen möglicherweise einen Krieg bereiten, der wegen der polnischen Besitzungen sehr mißlich werden konnte. Und das Alles um eines Staates und einer Regierung willen, mit der überhaupt eine festere Verbindung nicht wohl zu schließen sei. Mit Oesterreich und Rußland könnten wohl vorübergehende Zwistigkeiten bestehen, aber man sei auch wieder durch gemeinsame Interessen mit ihnen verknüpft, einmal durch Polen, dann durch die Solidarität, die zwischen ihnen in der Abwehr der Revolution und der Erhaltung der alten Ordnungen bestehe.

Die ablehnende Haltung Preußens bestimmte die Franzosen, es mit einer andern Taktik zu versuchen. Sie schmollten, spielten die Beleidigten und nahmen die Miene an, als stehe Preußen auf dem Punkte, eine Coalition gegen die Republik zu bilden. Talleyrand sprach spöttelnd von dem „schismatischen Congresse" in Berlin, der die Thätigkeit in Rastatt nur hindern und durchkreuzen werde. Die Gesandten in Rastatt folgten natürlich dem Tone, der in Paris angeschlagen war. Empfindlicher war die gleichzeitig laut gewordene Absicht des Directoriums, Caillard in Berlin durch Sieyes zu ersetzen. Seit lange hatte nichts den preußischen Hof so aufgeregt, wie die Aussicht, den Mann als Gesandten begrüßen zu müssen, den das absolute Europa recht eigentlich wie den verantwortlichen Urheber der verhaßten Dinge seit 1789 ansah. Der König erklärte zürnend seinen Ministern: die Anwesenheit von Sieyes werde ihm im höchsten Grade unangenehm sein, und Sandoz erhielt einen starken Verweis, daß er dies nicht hatte hindern können. Erst durch die Nachricht, daß Sieyes nur als außerordentlicher Abgesandter kommen werde, ließ man sich einigermaßen beruhigen, hielt sich aber ausdrücklich aus, daß der zu erwartende Repräsentant Frankreichs das Thema von der Allianz nicht weiter berühre*).

Indessen hatten die Besprechungen in Berlin (Ende Mai) wirklich begonnen. Es war um dieselbe Zeit, wo sich der Wiener Hof entschloß, durch die Separatunterhandlung in Selz einen Weg der Verständigung mit Frankreich zu versuchen; der Con-

*) Sandoz berichtet darüber am 5. Mai; das Ministerium am 15. und 21. Mai.

flikt mit Bernadotte diente als Vorwand; der eigentliche Zweck war, sich Gewißheit zu schaffen, ob eine vollkommene Erfüllung der Zusagen von Campoformio oder doch ein hinreichendes Aequivalent dafür von den Franzosen zu erlangen sei. Wenn nicht, so war Thugut entschlossen, die Bildung einer neuen Coalition zu versuchen. Die beiden Unterhandlungen in Selz und in Berlin standen darum in enger Beziehung; mislang die erste, so war die zweite bestimmt, Preußen in die Bahnen der Coalitionspolitik zu drängen.

Rußland hatte, wie wir eben sahen, gleich anfangs mit der Ungeduld, die Pauls Politik charakterisirte, auf dies Ziel hingewiesen. So war denn auch jetzt die Instruktion, womit Fürst Repnin nach Berlin gesandt ward, unverblümt auf eine active Theilnahme Preußens gerichtet. Im Falle eines Bruches zwischen Oesterreich und Frankreich sollte Preußen alle Mühe anwenden, um die Republik zur Anerkennung der Neutralität Gesammtdeutschlands zu vermögen und, falls dieser Vorschlag von Frankreich nicht angenommen würde, so sollte sich Preußen verbindlich machen, im Verein mit dem Kaiser alles aufzubieten, um das deutsche Reich vor dem ihm drohenden Verderben zu schützen.

Wer dem Gang der preußischen Politik aufmerksam gefolgt war, konnte über die Ablehnung dieses Ansinnens kaum im Zweifel sein. Die Neutralität nicht zu verlassen und jeder Verpflichtung auszuweichen, welche zu einer aktiven Parteinahme führen konnte, das war und blieb der leitende Gedanke, von dem das berliner Cabinet seit 1795 beherrscht war. Wohl lag der Einwand nahe und ist auch erhoben worden, daß mit dem offen ausgesprochenen Willen, an dieser Maxime festzuhalten, Preußen die Kraft seiner diplomatischen Action lähmte und schließlich in die Gefahr kam, sich mit beiden streitenden Parteien zu überwerfen. Allein sein Entschluß stand einmal fest und ließ darum von Anfang an wenig Hoffnung zu, daß es auf den von Rußland vorgeschlagenen Weg eingehen werde.

Für Oesterreich bestand, so lange die Selzer Unterhandlung schwebte, noch kein dringendes Bedürfniß, auf dies Ziel loszusteuern und, wie es später geschah, sich das Wesen der russischen Forderungen anzueignen. Die ersten Gespräche, die es in Berlin anregte, betrafen darum zunächst noch die Entschädigungsfrage. Es wurden „vorläufige An-

gaben" mitgetheilt über die Art, wie sich der Kaiser das Verhältniß der geistlichen Kurstaaten dachte. Man sprach davon, Kurmainz mit dem Rest von Worms zu entschädigen, an Kurtrier nach dem Ableben der jetzigen Bischöfe Würzburg und Bamberg als „Kurfürstenthum Würzburg" abzutreten, mit dem Rest von Cöln das Stift Münster und das Deutschmeisterthum auf immer zu vereinigen. Ueber die Art, wie man sich die weltliche Entschädigung dachte, fehlten noch bestimmte Andeutungen; nur ließ der Vorschlag, Pfalz und Zweibrücken mit dem Rest des Speierer Bisthums und allenfalls mit Regensburg zu entschädigen, keinen allzu reichen Ersatz für die Verluste erwarten.

Auf preußischer Seite sah man die Entschädigungsfrage natürlich anders an. Dort war die Meinung, es habe sich bis jetzt vornehmlich nur von der Entschädigung der weltlichen Fürsten gehandelt und es sei darum schon eine Concession von Preußen, wenn es zustimme, daß die geistlichen Kurstaaten nicht selbst verwendet würden. Aber die weitere Zumuthung, dieselben auch noch zu entschädigen, ändere die Lage wie die Ansprüche Preußens.

Ueber den Grundsatz gegenseitigen Verzichts auf Vergrößerungen schien jetzt keine Schwierigkeit mehr zu bestehen; wenigstens erklärte sich auf die Anfrage des Fürsten Reuß das berliner Cabinet zu diesem Verzicht bereit. Nur wünschte es zugleich (23. Mai) die Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes in Franken, die Unterdrückung aller darüber schwebenden Processe, und die Ertheilung des Privilegiums de non appellando für die fränkischen Fürstenthümer; auch bestand es auf der Entschädigung Oraniens mit den Trierschen Aemtern rechts vom Rhein.

Der Eindruck dieser ersten Gespräche war auf preußischer Seite ein gemischter. Einzelne Stimmen äußerten sich zufrieden und hofften auf eine Verständigung; Andere, wie namentlich Graf Keller in Wien, wollten nicht daran glauben, daß es Oesterreich Ernst sei mit der Politik der Resignation. Ihm dünkte es vielmehr seit Anfang Juni mit jedem Tage wahrscheinlicher, daß bereits eine Coalition im Werke sei und daß Oesterreichs Hauptzweck dahin gehe, Preußen in dieselbe hineinzuziehen. Thuguts ganze Thätigkeit fand Keller schon damals nach diesem Ziele gerichtet; ihn unterstützten aber mächtige

Einflüsse, wie Colloredo, der hohe Clerus, ein Theil des Adels und die Gesandten von England und Rußland. In der That leitete den Grafen Keller darin sein diplomatischer Instinkt ganz richtig, daß er von dem Ausgang der Selzer Verhandlung die Entscheidung über Krieg oder Frieden abhängig machte. Sein diplomatischer Instinkt, sagten wir; denn sichere Nachrichten über den Zweck und den Inhalt der Conferenzen in Selz empfing weder er und sein Ministerium, noch seine Collegen in Paris und Rastatt. Vielmehr erhält man durch die Vergleichung ihrer sämmtlichen Berichte lediglich den Eindruck, daß sie von französischer wie von österreichischer Seite mit den handgreiflichsten Ausflüchten bedient worden sind, und daß es höchstens der Prüfung werth wäre: wer in diesem Falle die preußische Diplomatie ärger zu dupiren versucht hat — Talleyrand oder Thugut? Wurde doch die Rastatter Gesandtschaft so lange mit Erfolg im Dunkeln gehalten, daß sie nach dem Abbruch der Selzer Verhandlung bei Cobenzl ernstlich ihre Vermittlung anbot, um die gescheiterten Conferenzen wieder anzuknüpfen*).

Lange freilich konnten solche Täuschungen nicht vorhalten, da sich aus allem Andern die politische Bedeutung der Selzer Besprechung klar genug herausstellte. In Rastatt standen die Verhandlungen darüber still, in Berlin und Wien kam man gleichfalls nicht von der Stelle — woraus auch ein mäßiger Scharfsinn errathen konnte, daß es nicht der Bernadotte'sche Auftritt vom April war, was den Stoff der Verhandlung bildete, und daß Oesterreich nicht darum Cobenzl nach Selz gesandt hatte, um Frankreich zu milderen Bedingungen gegen Deutschland zu bestimmen! In Berlin war man denn auch schon im Juni ziemlich auf der richtigen Spur in Betreff der Selzer Verhandlung, zumal ungefähr um dieselbe Zeit Azzara an Sandoz eine vertrauliche Mittheilung über die geheimen Artikel von Campoformio machte, die von der Wahrheit nicht weit entfernt war**).

*) Pour tâcher d'effectuer par nos représentations un renouement des conférences, Gesandtschafts-Bericht vom 7. Juli.

**) Eine Depesche des Ministeriums vom 4. Juni spricht zuerst die Ueberzeugung aus, daß die Selzer Verhandlung die geheimen Artikel betreffe und die Erreichung „des plus grands avantages en Allemagne" zum Zweck habe.

Wenn aber auch nichts anderes darauf hingedeutet hätte, so reichte der Gang der Verhandlung in Berlin schon hin, Licht über die Lage zu verbreiten. Nach jenen ersten allgemeinen Erörterungen ruhte die Sache wieder ein paar Wochen lang. Dann kam endlich Mitte Juni Reuß und erklärte: er habe Antwort von Wien. Es fand eine Conferenz statt. Aber wie lautete die Antwort? Die Entschädigungsfrage war darin wie eine Nebensache bei Seite geschoben, nur der Anspruch Modenas neu betont. Ehe man, hieß es, diese Angelegenheiten erledige, handle es sich vor Allem darum, die Franzosen durch ein gemeinsames Auftreten dahin zu bringen, daß sie die letzten Forderungen fallen ließen und ihre Truppen zurückzögen. Das kehrte also die Sache plötzlich um und forderte ein gemeinsames Auftreten, ehe man sich über die Vorfragen verständigt hatte. So behielten diejenigen Recht, die von Anfang an behauptet hatten, Oesterreich wolle nichts anderes, als Preußen in die Action hereinziehen, ohne irgend eine Gegenleistung. Man war in Berlin ernstlich unmuthig über diese Wendung*), aber man wartete noch einmal ab. Denn die Gefahr war nicht vorhanden, daß man sich nun im Verdruß etwa den Franzosen genähert hätte. Mit denen war das Verhältniß nicht freundlicher geworden. Zu der Ablehnung des Bündnisses war erst die ärgerliche Erörterung über die Sendung von Sieyes hinzugekommen. Dann hatten die letzten Vorgänge in Rastatt, die bekannten exorbitanten Forderungen und der brutale Ton, worin sie vorgebracht waren, auf preußischer Seite eine Gereiztheit hervorgerufen, die dem Gedanken der Annäherung weniger Raum ließ als je. Am stärksten sprach sich diese Stimmung in den Berichten der Rastatter Gesandtschaft aus. Dieselben sind erfüllt mit Anklagen gegen die Franzosen. Aber auch der mildere Sandoz rief den Machthabern in Paris nach einer lebhaften Unterredung, die kurz nachher stattfand, ärgerlich entgegen: Stellt billige Bedingungen, die werden wir unterstützen; aber verlangt nicht, daß der König von Preußen die Knechtung und den Ruin des Reichs mit Euch bewirken hilft. Darum machte es auch keinen besonderen Eindruck,

*) Minist. Berichte vom 14. und 19. Juni; wo es heißt: je ne puis vous cacher qu'elle se repent de la marche peu franche et cordiale de cette cour.

als die Franzosen, nach dem Abbruch der Selzer Verhandlung sich wieder sichtbar Mühe gaben, einen freundlicheren Ton anzuschlagen; die Erinnerung an das kurz vorher Erlebte war noch zu frisch, und die eben jetzt erfolgte Ankunft von Sieyes war nicht dazu angethan, bessere Stimmungen zu erwecken.

Die Berliner Verhandlung schleppte sich inzwischen langsam fort, wie eine Sache, die ihre Entscheidung von anderer Seite her erwartete. Man war zwar über eine Fassung übereingekommen, die den beiderseitigen Verzicht auf jede Erwerbung aussprach, aber das Alles stand doch in der Schwebe, so lange nicht von Wien eine bestimmte Auffassung über das, was man wollte, erfolgt war.

In Wien aber schwankte die Situation noch zwischen Krieg und Frieden, zwischen Coalitionsgedanken und einer Verständigung mit Preußen. In den diplomatischen Kreisen erzählte man sich: Thugut im Verein mit ihm ergebenen Elementen arbeite auf eine kriegerische Entscheidung hin, während von einflußreicher Seite, namentlich der Kaiserin, ihm entgegengewirkt werde. „Sehen Sie nicht", sollte sie dem Kaiser gesagt haben, „daß dieser Mensch Sie jetzt mit der gehofften Unterstützung Preußens ebenso täuscht, wie früher mit der Catharinens? Wollen Sie noch einmal Krieg anfangen, um Ihre Familie wieder aus Wien flüchten zu sehen?" Noch schien Thuguts Stellung im Ministerium nicht befestigt. Er war nach dem Bernadotteschen Vorfall zurückgetreten, und man hatte das als eine Concession an die Franzosen gedeutet — allein schon nach wenig Wochen übernahm er „einstweilen", während Ludwig Cobenzl nach Selz ging, die Leitung der Geschäfte wieder und führte sie seitdem in seinem Sinne weiter. In dem Conflikt widerstreitender Richtungen, der seit Juni und Juli unverkennbar die Parteien am kaiserlichen Hofe schied, war dann natürlich Alles gespannt, was nun geschehen würde, als (Mitte Juli) Cobenzl nach Wien zurückkehrte. Manche glaubten, er werde sofort die Leitung des Auswärtigen übernehmen; da kam in den letzten Tagen des Monats die überraschende Nachricht, Graf Cobenzl rüste sich zur Abreise, um über Berlin nach Petersburg zu gehen. Wenige Ereignisse, berichtete damals Keller, hätten so große Sensation in Wien gemacht, wie dieser plötzliche Aufbruch; zwar habe sich Cobenzl sehr herzlich von Thugut getrennt, und Viele wollten wissen, er werde bald

zurückkehren, aber seine Anordnungen deuteten auf eine längere Abwesenheit. Es gelte als ein Meisterstreich Thuguts, auf diese Weise einen möglichen Nachfolger losgeworden zu sein, der nicht verhehlt habe, daß er einen andern Weg verfolgen wolle.

Cobenzl sollte also den Weg nach Petersburg über Berlin antreten. Seine Ankunft ward dort mit der Bemerkung angekündigt, daß seiner Mission eine lange und lebhafte Berathung vorangegangen war, in welcher Thugut unterlegen sei. Cobenzls Auftrag sei „offene und herzliche Erklärungen" in Berlin zu geben*).

Am 4. August traf Cobenzl in Berlin ein. Seine ersten Eröffnungen machten aber nicht den verheißenen Eindruck. Es schien vielmehr, wie ein ministerielles Aktenstück sagt, lediglich darauf abgesehen, Preußen zu energischen Schritten gegen Frankreich zu bestimmen und eventuell aus seinem Neutralitätssystem herauszudrängen. „Das letzte wird ihm aber nicht gelingen" — sagte das Ministerium. In der That gingen Cobenzls Erklärungen nach dieser Richtung. Man könne, meinte er, den Faden nicht mehr da aufnehmen, wo man ihn habe fallen lassen; die Dinge seien nun in eine neue Krisis getreten. Der Kaiser wünsche vor Allem über die schließliche Entscheidung Preußens klar zu sehen; sich darüber Gewißheit zu schaffen, sei sein Auftrag. Zu dem Ende solle er Preußen zuerst auffordern, daß es gemeinsam mit Oesterreich eine möglichst energische Erklärung abgebe: wie man keinerlei Erwerbungen und Ansprüche Frankreichs auf dem rechten Rheinufer zulassen werde. Zweitens möge Preußen für den Fall einer Weigerung der Republik oder des Wiederausbruchs von Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Frankreich seine guten Dienste aufbieten, um die Neutralität des Reiches zu bewirken. Für den Fall aber, daß die französische Republik die Anerkennung dieser Neutralität verweigere, solle er fragen: welche Stellung Preußen dann nehmen werde und ob es gesonnen sei, dann zur Vertheidigung des Reichs die Waffen zu ergreifen?

Es waren also im Wesentlichen die früher erwähnten russischen

*) So berichtet am 27. Juli das preußische Ministerium selbst der Rastatter Gesandtschaft.

**) Minist. Bericht vom 6., 10. und 13. August.

Vorſchläge, die Cobenzl vortrug. Schon in ihrer erſten Geſtalt hatten dieſelben, wie zu erwarten war, in Berlin keinen Anklang gefunden, ſondern waren mit dem Wunſche nach Neutralität erwiedert worden. Kaiſer Paul hatte damals dieſen Beſcheid mit unverholenem Verdruß aufgenommen; ſeine Inſtruktionen an Repnin und Panin ſprachen zürnend von der Nothwendigkeit, die preußiſche Politik durch Männer geleitet zu ſehen, „die beſſer als das gegenwärtige Miniſterium geſinnt ſeien.“ Außerdem erhielt Repnin den Auftrag, nach Wien zu gehen und für den Fall, daß der Krieg mit Frankreich wirklich zum Ausbruch käme, das Weitere zu beſprechen über die von Rußland zu leiſtende Hülfe. Der eben erwähnten Conferenz wohnte er noch bei.

Auch die etwas modificirte Faſſung, in welcher der ruſſiſche Vorſchlag jetzt von Cobenzl vorgelegt ward, hielt juſt die Punkte feſt, welche der preußiſchen Neutralitätspolitik am meiſten widerſtrebten: namentlich das Anſinnen einer gemeinſamen kriegeriſchen Aktion. Es ließ ſich darum kaum eine andere Antwort, als eine ablehnende, erwarten.

Der Beſcheid des Berliner Cabinets erinnerte zunächſt daran, daß Preußen genau das Maß der Kräfte erwägen müſſe, deren Verwendung ihm zur eignen Vertheidigung und zum Schutz ſeiner Mitſtände geſtattet ſei. In dieſer Betrachtung nehme es keinen Anſtand zu erklären: daß im Falle ein neuer Bruch zwiſchen Oeſterreich und der Republik erfolge, bevor der Reichsfriede geſchloſſen und die Neutralität des Reiches geſichert ſei, Preußen ſich keine weitere Verpflichtung auflegen könne. Da indeſſen vorerſt die Unterhandlungen noch nicht abgebrochen ſeien, werde es in Raſtatt nach wie vor den franzöſiſchen Prätenſionen entgegentreten und theils allein, theils mit dem Kaiſer auf dem Wege dringender Vorſtellungen dahin zu wirken ſuchen, daß das Reich möglichſt günſtige Bedingungen erhalte. Sollte dies fruchtlos ſein und die Feindſeligkeiten zwiſchen Oeſterreich und den Franzoſen neu beginnen, ſo würde Preußen wenigſtens Alles, was in ſeinen Kräften ſtehe, thun, um Deutſchland die Leiden des Krieges zu erſparen und ihm die Neutralität zu ſichern.

Cobenzl erwiederte darauf: mit dieſer Erklärung ſei ihm alle Hoffnung entzogen, Preußen aktiv Theil nehmen zu ſehen. Sein Aufent-

halt habe damit den Zweck verloren, und es bleibe ihm nichts übrig, als seine Abschiedsaudienz zu verlangen.

Dabei blieb es. Was im Uebrigen vorher besprochen worden war, kam nicht mehr zur Verhandlung. Cobenzl und Repnin rüsteten sich zur Abreise. In Rastatt war — für so wahrscheinlich galt dort die Verständigung — eine gemeinsame Erklärung entworfen worden, die Oesterreich und Preußen den Franzosen übergeben sollten; sie blieb jetzt liegen. Die preußische Gesandtschaft sah sich wie früher isolirt und quälte sich mit fruchtlosen Vorstellungen. Während die Oesterreicher es sichtlich mieden, über den Ausgang der Berliner Verhandlung zu sprechen, waren die Franzosen aufs Neue bemüht, den freundlichsten Ton anzuschlagen und Preußen mit Versicherungen ihrer Liebe zu überhäufen. Denn es blieb ihnen nicht verborgen, daß man sich in Berlin eben von Neuem zur Neutralität bekannt hatte. Sobald freilich die preußische Diplomatie es unternahm, den französischen Begehren entgegen zu treten, dann bedachten sich die Andern keinen Augenblick, ihre rauhe Seite herauszukehren. Sie waren dann gleich bereit, mit Krieg und Revolutionirung zu drohen und von der preußischen Politik wegwerfend, wie von einer Politik der Schwäche, zu reden. Denn sie wußten, daß man dem unwandelbar neutralen Preußen schon etwas zumuthen durfte.

Der Ausgang.

Indessen mehrten sich auf allen Seiten die Anzeichen des Krieges. Was die Franzosen thaten, deutete ebenso sehr darauf hin, wie die Verhandlungen, die Repnin in Wien pflog. Wenn noch irgend etwas für den Frieden in die Wagschale fiel, so war es die Finanznoth Oesterreichs und die Unfertigkeit seiner Rüstung.

Die Situation erschien in Berlin nichts weniger als behaglich. Ueber die Beziehungen Rußlands und Oesterreichs war man dort nur unvollkommen unterrichtet, aber was man wußte, wies auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges hin. In Rastatt hatte man täglich Gelegenheit, die Fruchtlosigkeit seiner „dringenden Vorstellungen“ kennen zu lernen; die Franzosen waren so ungeschmeidig und trotzig, wie

je. Vergebens rechnete ihnen Preußen jetzt vor, was es Alles für die Erfüllung ihrer Forderungen gethan und welche Ansprüche auf Dank es zu haben glaube; es mußte die Erfahrung machen, daß eine Politik, die sich selber unwandelbar zur Neutralität verurtheilt hat, weder zu imponiren noch zu schrecken vermag. Der Verdruß Preußens machte jetzt auf die Franzosen so wenig Eindruck, als die Mahnungen an frühere Freundschaftsdienste.

Vielmehr ließ die Haltung der Franzosen die Besorgniß zu, daß auch die norddeutsche Neutralität von ihnen nicht werde respektirt werden. Wenigstens schien es nöthig, lebhafter als man sonst zu sprechen gewohnt war, die Folgen eines solchen Schrittes zu betonen, ja unverblümt zu drohen. Es wurde den französischen Gesandten bedeutet, daß Preußen einen solchen Uebergriff mit aller Kraft abwehren würde. Wir fürchten, hieß es, den Krieg nicht, und es wird unfehlbar dazu kommen, wenn uns das Direktorium durch einen Angriff auf Norddeutschland dazu nöthigt*).

Noch immer gab Preußen die Hoffnung einer friedlichen Ausgleichung nicht ganz auf. Es ließ zu Anfang Oktober durch Keller seine Vermittlung Oesterreich anbieten. Das Wiener Cabinet erwiederte: es sei zwischen den deutschen und italienischen Dingen zu unterscheiden; in den letzteren mache schon die örtliche Entfernung eine Verwendung Preußens schwer, und wenn die Franzosen sich auf billige Bedingungen einließen, so könne man sich leicht mit ihnen direkt verständigen. In einer Unterredung, die Thugut mit Keller pflog, wurde diese Ablehnung etwas gemildert**). Der Kaiser wünsche die Bande der Freundschaft zwischen beiden Höfen enger geknüpft zu sehen, insbesondere zum Zweck der Verständigung über die deutschen Angelegenheiten. Diese hätten aber nichts gemein mit den Anordnungen des besonderen Friedens zwischen Oesterreich und Frankreich. Wie dann im Verlauf des Gesprächs die Rede noch einmal auf die Entschädigungsfrage kam, ergriff Thugut diesen Anlaß von Neuem, um seine Abneigung gegen die Entschädigung der weltlichen Fürsten durch Säcu-

*) Depeschen an Sandoz, vom 3., 18. und 20. Sept.

**) Keller am 6., Minist. am 12. Oktober.

larisationen unverholen auszusprechen. Stellt Euch, sagte er, an unsern Platz; „nie könnt Ihr verlangen, daß wir mit fröhlichem Herzen diejenigen opfern, die uns anhänglich waren, um Andere zu begünstigen, die, wie z. B. Hessencassel und Würtemberg, sich Frankreich angeschlossen haben. Daß die Stimmung Oesterreichs gegen Zweibrücken nicht günstiger war, als gegen Hessen und Würtemberg, konnte Keller aus anderem entnehmen. „Alles wohl erwogen" warf Thugut hin, „läge es nicht auch in Eurem Interesse, die Macht der Reichsfürsten nicht noch mehr zu steigern; würden die beiden Höfe, darüber einig, nicht das Ganze der Reichsangelegenheiten viel leichter leiten?" Auch auf die Neutralität des Reichs kam die Sprache. Wenn Preußen, meinte Thugut, die im Norden auf sich nähme und Oesterreich die im Süden, so müßte doch jedenfalls die Verletzung der einen wie der andern als eine gemeinsame Sache betrachtet werden.

In Berlin war man von diesen Aeusserungen nicht eben erbaut; namentlich das letzte Wort des österreichischen Ministers über die Neutralität erregte neue Bedenken. Man sah darin auf einem Umweg das alte Ansinnen erneuert, sich der österreichischen Politik ohne Weiteres anzuschließen. Die Partie ist nicht gleich, erwiederte einer in Berlin, der Norden ist wirklich neutral, der Süden ist durch Oesterreichs Politik und Kriegführung den Franzosen schutzlos preisgegeben. Eine Verbindung der norddeutschen Neutralität mit der im Süden würde daher nothwendig zur Garantie des Ganzen führen, die wir abgelehnt haben, oder mit andern Worten zu der Angriffscoalition, in welche Oesterreich, Rußland und England uns auf allen möglichen Umwegen hereinziehen möchten.

Das war ganz richtig; aber darin hatte Thugut Recht, daß er die Unfruchtbarkeit der preußischen Neutralitätspolitik persiflirte. Als ihm damals ein Diplomat der Mittelstaaten seine Freude aussprach, daß Preußen in Rastatt gegen die maßlosen Ansinnen der Franzosen so entschieden aufgetreten sei, erwiederte er: „es ist nur Schade, daß alle energischen Erklärungen ihre Wirkung verfehlen durch die zugleich immer wiederholte Versicherung Preußens, daß es sich niemals zu aktiven feindlichen Schritten entschließen werde."

Noch eine Zeitlang dauerten die Besprechungen in Wien wie in Berlin fort, aber ohne Zusammenhang und ohne Ergebniß; der Krieg

hatte in Italien bereits begonnen und ſtand auch diesſeits der Alpen nahe bevor, als die letzten Erörterungen darüber Statt fanden, wie man durch gemeinſame Schritte dem Ausbruch des Kampfes vorbeugen könne. Das Geräuſch der Waffen übertönte dann bald die letzten ſchwachen Verſuche der Verſtändigung.

So endete der ganze diplomatiſche Feldzug ohne Frucht und mit gegenſeitiger Verſtimmung. Preußen, ſo viel ſtand vorerſt feſt, nahm an dem bevorſtehenden Coalitionskriege nicht Theil. Der Verdruß Oeſterreichs darüber war unverkennbar, aber auch die Franzoſen waren keineswegs zufrieden. Es war Preußen vollkommen gelungen, ſich mit den beiden kämpfenden Parteien gleich ſchlecht zu ſtellen.

Denn wenn auch mit Oeſterreich der Faden der Verhandlung noch bis zum Ausbruch des Kampfes nicht völlig abgebrochen war, eine kühle Stimmung trat doch ſchon hervor, ſeit man ſich in Berlin überzeugt, daß der Kaiſer von Neuem zum Kriege ſchreiten, und ſeit man in Wien die Gewißheit erlangt, daß Preußen dieſen Waffengang einſt mitmachen werde. An kleinen Klatſchereien und Hetzereien, welche den Unmuth ſchüren, pflegt es in ſolchen Fällen nie zu fehlen. Zudem glaubte Preußen reelle Urſachen des Misvergnügens gegen Oeſterreich zu haben. In den Congreßverhandlungen der letzten Wochen des Jahres 1798, worin der Friedensdeputation ſchließlich mit den gröbſten Mitteln die Zuſtimmung abgepreßt ward, benahm ſich die kaiſerliche Diplomatie lau und indifferent, ſchon weil ſie dieſen Verhandlungen überhaupt kein Gewicht mehr beilegte. Im preußiſchen Lager ſuchte man darin tiefere Gründe und ärgerte ſich in gleichem Maße über die Dreiſtigkeit der Franzoſen wie über die Gleichgültigkeit der Oeſterreicher. Dazu kamen denn bedenkliche Anzeichen, daß das bairiſche Projekt wieder ſpuke. Von Lehrbach erzählte man ſich die Aeußerung: vertagen könne Oeſterreich wohl ſolche Plane, aber aufgeben niemals, ſo lange die Staatsmänner in Wien ihren Verſtand behielten. Man beſorgte, die Liſt und Gewaltthätigkeit der Franzoſen könne ſich dieſen Wink nicht entgehen laſſen. Auch Anderes, was zu Lehrbachs bekannte Weiſe paßte, konnte nicht eben beruhigen. In Paris war man bisweilen ſehr genau unterrichtet über den Inhalt der preußiſch-öſterreichiſchen Verhandlungen und, als die Preußen nachforſchten, ſchien es nicht undenkbar, daß Lehrbach in berechneter In-

discretion den französischen Gesandten in Rastatt Mittheilungen gemacht. Ja man wollte Spuren haben, daß der intriguante Mann die Franzosen gegen Preußen aufhetze. Eine Aeußerung wenigstens wurde wiederholt ihm nacherzählt*): die nordische Neutralität sei Oesterreich nachtheilig, aber sie hemme auch die französischen Operationen. Ueberhaupt, was sei eine neutrale Macht anderes als ein versteckter Feind, der das Feuer des Kriegs schüre und die Gelegenheit abpasse, sich auf Kosten der Streitenden zu vergrößern!

Das Vernehmen des preußischen Cabinets mit den Franzosen war im Ganzen nicht besser. Dieselben hatten seit dem Scheitern der Berliner Verhandlung wiederholt angeklopft wegen einer engeren Verbindung mit Preußen. Sie hatten dabei, seit die Wahrscheinlichkeit des Krieges entschieden war, manche Andeutungen fallen lassen über Oesterreichs ehrgeizige Absichten, die es namentlich zuletzt noch in Selz kundgegeben; oder sie deuteten auch wohl an, welche Indiscretion die kaiserliche Diplomatie auf Kosten Preußens sich erlaube. Erfolg hatten freilich diese Bemühungen keinen. Auch wenn nicht die Neutralität ein Hinderniß gegen jede aktive Politik gewesen wäre, — mit den Franzosen zu gehen, bestand unter den gegebenen Umständen am wenigsten Neigung. Wir erinnern uns des Wortes, das nicht selten uns damals in preußischen Staatsschriften begegnet; mit Oesterreich und Rußland bestehe trotz einzelner Differenzen doch eine Gemeinsamkeit der Interessen, mit Frankreich nicht. Diese Ansicht war neu bestärkt durch den Gang der letzten Rastatter Verhandlungen. Die maßlosen Forderungen der Franzosen, das fruchtlose Bemühen dieselben herabzustimmen, namentlich die Monate lang fortgesetzten Correspondenzen wegen Ehrenbreitstein, die ohne allen Erfolg blieben, hatten die preußische Politik tiefer verstimmt, als es den äußeren Anschein hatte. Dazu kamen die Uebergriffe in Rom und in der Schweiz, die Besetzung von Neapel, das Vorgehen gegen Piemont. Namentlich der letzte Punkt ward als eine „violence atroce" bezeichnet und führte zur Erörterungen, die mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit geführt wurden. In Rastatt aber suchte man auf die einzelnen kleinen Reichs-

*) Minist. Bericht vom 9. Nov. Bericht der Rastatter Gesandtschaft vom 10. Dez.

ſtände zu wirken, daß ſie ſich nicht von Frankreich ins Schlepptau nehmen ließen. Von Zweibrücken fürchtete man (Ende des Jahres) ernſtlich, es werde den verzweifelten Weg der Andern ergreifen und ſein Heil bei den Franzoſen ſuchen. Wir haben nicht unterlaſſen, ſchrieben die Geſandten am 29. December, mit allen Mitteln ihre patriotiſchen Gefühle zu ſtärken; allein in einer Kriſis, wo die Kleineren fürchten das Opfer der Größeren zu werden, kann man für nichts ſtehen.

Ihre eigene Lage ſchilderte die Geſandtſchaft (21. Dez.) damals mit den Worten, „wir ſtehen hier zwiſchen der franzöſiſchen Geſandtſchaft, die keinerlei Vertrauen verdient, zwiſchen der öſterreichiſchen, deren Stimmungen wenigſtens zweideutig ſind, und den verſchiedenen ſich ſtreitenden Parteien der Deputation.“ Sie durften hinzufügen: Sympathien für uns beſtehen wenige, eine feſte Stütze aber nirgends.

Die ganze Epiſode war ein charakteriſtiſches Vorſpiel der Verhältniſſe, die wenige Jahre nachher unter Bonaparte die Geſchicke Preußens und Deutſchlands beſtimmt haben; in dieſer Richtung gewährt ihre eingehende Schilderung auch heute noch ein eigenthümliches Intereſſe.